



Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung

der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau



Aus der Arbeit 2011



- 3 VORWORT**
- 4 SCHWERPUNKT: ENERGIEPOLITIK**
 Deutschland im Zeichen der Energiewende
 Beiträge der Ev. Kirche in Hessen und Nassau
 Kirche auf dem Weg
 Die EKHN engagiert sich für Klimaschutz und Energieeinsparung
 Wir machen Türen auf
 Betriebsbesuche mit Blick auf regenerative Energie
- 12 SCHWERPUNKT: STEUER- & FINANZPOLITIK**
 Bilder einer Ausstellung
 Steueroasen und Offshorezentren in Europa
- 17 ARBEIT & SOZIALES**
 Einmal arm, immer arm?!
 Hartz-IV Ökonomie
 Eine Parallelwelt verfestigt sich
- 21 LÄNDLICHER RAUM**
 Christlicher Glaube und Fragen der Nutztierhaltung
 Reflexartige Schuldzuweisung unsinnig
 Kein Klärschlamm auf Kirchenland
 Fruchtbare Böden sind die Schätze der Zukunft
 Die Landwirtschaft ist ein Schlüsselsektor im 21. Jahrhundert
 Grundlegende Reform der EU-Agrarpolitik nötig
- 25 JUGEND & GESELLSCHAFT**
 Wer Jugendliche erreichen will,
 muss die Medien nutzen
 Medienpädagogische Angebote in der Arbeit
 mit Kindern und Jugendlichen
- 27 AUS DEN REGIONEN**
 Ein Wald ist mehr als die Summe seiner Bäume
 Dekanatswald im Ev. Dekanat Runkel
 Zwei Auszeichnungen in einem Jahr
 Das Patenschaftsmodell Offenbach
 Nah am Markt, nah an den Menschen
 Neue Arbeit Vogelsberg organisiert
 Regionalmarkt in Alsfeld
 Sind wir so frei?
 Veranstaltung zur Ausweitung der Öffnungszeiten
 im Einzelhandel in Südhessen
 Familien verändern sich
 Tagungen in Mainz und Frankfurt
 4,52 Euro für Essen und Trinken am Tag
 Hartz IV reicht nicht für gesunde Ernährung
- 33 STREIFLICHTER**
- 36 ADRESSEN**
- 38 IMPRESSUM**

Liebe Leserinnen und Leser,

über allem Tun stand im Jahre 2010 die Losung aus dem Evangelium des Johannes, Kapitel 14:

„J e s u s C h r i s t u s s p r i c h t :
E u e r H e r z e r s c h r e c k e n i c h t .
G l a u b t a n G o t t
u n d g l a u b t a n m i c h .“

Eine tröstende Zusage und ein Hinweis auf eine grundlegende und tragfähige Lebens- und Handlungsperspektive zugleich. Hineingesprochen in das Jahr 2010, das rückblickend durchaus als zwiespältig gelten kann. Dies zeigt sich allein schon daran, dass die einen die Finanzmarktkrise am Ende des Jahres als überwunden ansahen und die anderen angesichts bestehender oder drohender Finanzstaatskrisen in der Eurozone skeptisch bleiben. Ungeachtet dieser Diagnosen ist die gegenwärtig im Gang befindliche Debatte um die zukünftige Ausgestaltung der Wirtschaftsordnung aus kirchlicher Sicht sehr zu begrüßen. Das Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung hat sich im vergangenen Jahr durch Veranstaltungen, Vorträge und Stellungnahmen auf vielfältige Weise an dieser Debatte beteiligt. Das Europäische Jahr gegen Armut und Ausgrenzung 2010 war ein guter Anlass, erneut öffentlich über die Notwendigkeit von Werten in der Marktwirtschaft nachzudenken. Die Kirchen und ihre Wohlfahrtsverbände halten dabei ihre Forderung nach einer moralisch fundierten und sozial eingebundenen Marktordnung aufrecht. Gerechte Teilhabe-, Bildungs- und Entwicklungschancen für alle Menschen bilden dabei einen wichtigen Bestandteil.

Daher trifft auch die Entscheidung der Bundesregierung schwer, im Zuge der Haushaltskonsolidierung in den kommenden Jahren deutliche Einschnitte bei der Arbeitsmarktförderung vorzunehmen. In der Folge werden bundesweit voraussichtlich Tausende Plätze in Beschäftigungsmaßnahmen, in Qualifizierungs- und Weiterbildungsangeboten, in Trainings- und Vermittlungsmaßnahmen, in Ausbildungsvorbereitung und Ausbildung entfallen. Viele Hilfeempfänger werden nicht mehr in Aktivierung, Förderung und Reintegrationsangebote einbezogen, sondern bleiben zu Hause. Davon betroffen sind insbesondere auch Einrichtungen, die sogenannte „Arbeitsmarktferne“ unterstützen. „Aus der Arbeit 2010“ möchte auf die besondere Härte dieser Entscheidung am Beispiel der „Jugendwerkstatt Gießen e.V.“, einer kirchlich getragenen Qualifizierungs- und Ausbildungsstätte, aufmerksam machen.

Aber nicht nur arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitische bzw. -ethische Zusammenhänge standen im Fokus der Arbeit des Zentrums, aus den Arbeitsfeldern Arbeit und Soziales, Umwelt, Ländlicher Raum und Jugend und Gesellschaft seien hier nur einige wenige Schlaglichter genannt:

- **Allianz für einen freien Sonntag:** In den Bundesländern Hessen und Rheinland-Pfalz wurden Allianzen für einen freien Sonntag mit auf den Weg gebracht und durch Veranstaltungen begleitet. Die Allianzen stellen Initiativen auf Länderebene dar und stehen mit der Bundesinitiative „Allianz für den freien Sonntag“ in Verbindung. Diese Initiative will den freien Sonntag als gemeinsamen Zeitanker für die Menschen fördern und setzt sich für eine positive Sonntagskultur ein.
- **Integriertes Klimaschutzkonzept:** Mit dem Bewilligungsbescheid des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit erhielt das Integrierte Klimaschutzkonzept der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau „grünes Licht“. Damit ist die EKHN ihrem Ziel, bis zum Jahre 2015 25 Prozent CO₂, bezogen auf das Jahr 2005, zu reduzieren, einen guten Schritt näher gekommen.
- **Zukunft fair teilen – nachhaltige Nutzung von Agrarressourcen:** Mit vielfältigen Veranstaltungen beteiligte sich das Zentrum an diesem Thema und sieht in den „Erntedankfesten“ ein wichtiges Fest im Jahreslauf.
- **Unternehmensbesuche:** Die Reihe „Unternehmensbesuche“ wurde mit einem Besuch bei dem Windkrafthersteller Fuhrländer AG in Liebenseid fortgesetzt.

Die vielfältige Arbeit gelingt nicht ohne die Menschen, die sie tun. Ihnen allen gilt mein herzlichster Dank.

Und Ihnen, liebe Leserin, lieber Leser, wünsche ich eine anregende Lektüre.

Oberkirchenrat Christian Schwindt

Leiter des Zentrums Gesellschaftliche Verantwortung



Deutschland im Zeichen der Energiewende

Beiträge der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (EKHN)

Fukushima und die Folgen

In Deutschland wurde die Reaktorkatastrophe von Fukushima im März 2011 von den Bürgerinnen und Bürgern besonders sensibel aufgenommen, hatte sich die Bundesregierung doch im Jahr 2010, begleitet von Protesten aus der Bevölkerung, der Macht der Atomlobby gebeugt und eine Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke durchgesetzt. Die Landeskirchen in Deutschland zeigten in Gottesdiensten ihre Solidarität mit den Menschen in Japan, viele und bekundeten zum wiederholten Male ihren Willen zum Ausstieg aus der Atomenergie und zum Umstieg auf erneuerbare Energien. Christinnen und Christen nahmen an Mahnwachen teil.

Der Pfarrer für Umweltfragen im Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung (ZGV) hielt bei einer großen Anti-Atomkraft-

Demonstration am Ostermontag in Biblis Andachten und begleitete die Menschen seelsorgerlich. Sie erlebten es als wohltuend, dass sich die Kirche mit Gebeten, Fürbitten und Segen an der Veranstaltung beteiligt hat.

Im Rahmen seines fachlichen Auftrags hat das Referat für Umweltfragen im ZGV den Ausschuss für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung der EKHN-Synode beratend unterstützt, so dass auf der Frühjahrssynode die EKHN ihre Position zur Atomenergie verstärkt hat. Sie sprach sich erneut gegen Atomkraft und für den Umstieg auf erneuerbare Energien aus und erinnerte auch die Kirchengemeinden daran, den Atomausstieg selber zu machen, auf Ökostrom umzusteigen und weitere Schritte auf dem Weg zu einer klimafreundlicheren Kirche zu gehen.





„Wir brauchen einen schnellen und konsequenten Ausstieg aus der Kernenergie. Ein Ende der Atomkraft hat für Hessen als deutlichste Konsequenz, dass die beiden Atomreaktoren Biblis A und Biblis B dauerhaft abgeschaltet bleiben müssen. Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in den Reaktoren beschäftigt sind, müssen sozialverträgliche Lösungen gefunden werden“, so Kirchenpräsident Dr. Volker Jung im Gedenken an den 25. Jahrestages des Reaktorunglücks von Tschernobyl.

Massiver Druck der Bevölkerung, an dem die Kirchen wesentlich beteiligt waren, bewog die Bundesregierung zu einer Kehrtwende Ende Juni 2011. Mit dem 13. Gesetz zur Änderung des Atomgesetzes leitete sie den schnelleren Atomausstieg bis Ende 2022 ein und damit die Energiewende. Sie nimmt damit in Europa eine Vorreiterrolle ein.



Beschluss der Synode der Ev. Kirche in Hessen und Nassau im Frühjahr 2011

„Das Entsetzen ist so groß und so nah, dass ich es nicht fühlen kann. Es passt in eine Seele nicht hinein.“
(Pfarrerin der Ev. Gemeinde in Tokio kurz nach der Katastrophe in Japan)

Zum Thema „Kernenergie“ beschließt die Kirchensynode:

1. Die Kirchensynode der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (EKHN) begrüßt den gesellschaftlichen und parteiübergreifenden politischen Willen zum Ausstieg aus der Kernenergie.
2. Die Kirchensynode unterstützt die Bemühungen der Landesregierungen in Hessen und Rheinland-Pfalz, Konzepte zur nachhaltigen Energieversorgung zu entwickeln und umzusetzen. Diese sollen den Aufbau eines zukunftsfähigen Stromnetzes, das auf dezentrale, regenerative und damit schöpfungsgemäße Energiegewinnung ausgerichtet ist, beinhalten. Maßnahmen zur Energieeffizienz sollen ebenfalls erarbeitet werden.
3. Die Kirchensynode fordert die Landesregierungen in Hessen und Rheinland-Pfalz auf, durch Information, Aufklärung und umfassende Bürgerbeteiligung eine breite Akzeptanz in der Bevölkerung für ein Gelingen der Energiewende in Hessen herzustellen.

4. Die Kirchensynode dankt dafür, dass die beiden Atommeiler Biblis A und Biblis B abgeschaltet worden sind und fordert die Hessische Landesregierung auf, dafür Sorge zu tragen, dass sie nach dem Moratorium dauerhaft abgeschaltet bleiben. Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der abgeschalteten Kernkraftwerke müssen sozialverträgliche Lösungen gefunden werden.
5. Die Kirchensynode bittet die Kirchenleitung, die Haltung der Kirchensynode den Landesregierungen von Hessen und Rheinland-Pfalz umgehend zu übermitteln.
6. Die Kirchensynode ruft Kirchengemeinden, Dekanate und kirchliche Einrichtungen und Werke der EKHN auf:
 - noch bewusster und effizienter mit Energie umzugehen,
 - eine öko-faire Beschaffung anzustreben,
 - Ökostrom mit Qualitätslabel zu beziehen, um den Atomausstieg selbst zu machen,
 - „Klimagerechtigkeit“ in unserer Kirche in allen Bereichen, auch in den Geldanlagen, zu stärken.

„25 Jahre nach Tschernobyl: Menschen – Orte – Solidarität“ Ausstellung zum Jahrestag der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl

Die Ausstellung „25 Jahre nach Tschernobyl“ erhielt besondere Aufmerksamkeit durch die Katastrophe von Fukushima. Unter Federführung des Zentrums Ökumene und in Kooperation mit dem Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung und der Stadtkirchenarbeit in Frankfurt wurde in der St. Katharinen-Kirche die Ausstellung gezeigt und ein Begleitprogramm organisiert.

Bilder, Texte und Fernsehberichte von 1986 riefen in Erinnerung, wie das Unglück begann, welche Reaktionen es darauf gab und welche Auswirkungen dieser Super-GAU bis heute hat. Noch immer leben Millionen von Menschen in den belasteten Gebieten. Städte in der Nähe des Unglücksortes sind Geisterstädte. Bis heute versorgen Solidaritätsinitiativen Krankenhäuser in Weißrussland mit Medikamenten und organisieren Ferienaufenthalte für Kinder.

Besonders die Gespräche mit zwei Zeitzeugen, sogenannten „Liquidatoren“, die vor Strahlung fast ungeschützt, Aufräumarbeiten in Tschernobyl vornehmen mussten, be-

wegten die eingeladenen Schüler und Schülerinnen. Der Ingenieur Wladimir und Anna, die Kassiererin, berichteten von den gesundheitlichen Folgen für sie und ihre Kinder. Viele der Liquidatoren sind bereits an Krebs gestorben, viele Kinder haben genetische Veränderungen in ihrem Erbgut.

Im Rahmen des Begleitprogramms beschäftigte sich eine Podiumsdiskussion mit der Frage nach Energiemodellen der Zukunft in Europa, Asien und Afrika und plädierte für den Umstieg auf Sonnenstrahlen zur Energieversorgung.

In zwei Vorträgen von Physikern der Interdisziplinären Arbeitsgemeinschaft Naturwissenschaft, Technik und Sicherheit (IANUS) der TU-Darmstadt und des Öko-Instituts Darmstadt, ging es um die Sicherheit von Kernkraftwerken und einen verantwortlichen Umgang mit der Technologie. Beide sehen einen Ausstieg aus der Hochrisikotechnologie als unausweichlich an. Verantwortungsvolle Naturwissenschaftler warnen vor einem weiteren Ausbau der Kernenergie.

„Energie – Klima – Verantwortung“: Ein Symposium der EKHN-Stiftung

Noch vor dem Reaktorunfall in Japan hatte die EKHN Stiftung Mitte Februar in Frankfurt ein Symposium organisiert, das sich unter dem Titel „Energie – Klima – Verantwortung“ drei Tage mit dem Klimawandel beschäftigte.

An zwei Tagen hatten 200 Schülerinnen und Schüler hessischer und rheinland-pfälzischer Gymnasien die Möglichkeit, Vorträge und Workshops zu besuchen, zwei davon geleitet von Referenten des Zentrums Gesellschaftliche Verantwortung.

Beeindruckt haben die Motivation und die differenzierte Betrachtungsweise, mit der sich die Schülerinnen und Schüler in die Diskussionen einbrachten.

Am dritten Tag hatten mehrere Hundert Besucherinnen und Besucher die Möglichkeit, sich über Klimawandel, Energie der Zukunft und Gerechtigkeitsfragen zu informieren. Die spannungsreiche Veranstaltung profitierte am Ende besonders vom Vortrag des Astrophysikers Prof. Dr. Harald Lesch, der 2011 zum „Hochschullehrer des Jahres“ gewählt wurde. Ihm gelang es, Unstimmigkeiten, Widersprüchlichkeiten und offen gebliebene Fragen so aufzugreifen, dass alle Teilnehmenden eine Idee davon bekamen, wie ein verantwortlicher Umgang mit der Energie- und Klimafrage in Visionen einer gelingenden Zukunft münden kann.

Sowohl in den Begleitveranstaltungen zur Ausstellung „25 Jahre nach Tschernobyl“ als auch in den Diskussionen

im Rahmen des Symposiums wurde deutlich, dass „Fakten“ nicht die einzige Wirklichkeit sind. Sie stehen immer in einem Interpretationszusammenhang, so dass Fakten und deren Deutung eine Einheit bilden und diese nicht rein objektiv betrachtet werden können.

Übertragen auf die Unglücke von Tschernobyl und Fukushima heißt das: auch wenn die Sterblichkeit oder die Wahrscheinlichkeit an Krebs zu erkranken statistisch gesehen nur gering steigt, sind die individuellen Folgen für die betroffenen Menschen und Familien eine Katastrophe und berauben sie ihrer Lebensgrundlage. Eine rein an Statistiken orientierte Wissenschaft und ihre Vertreter blenden diese Sicht leider immer noch aus. Dass es anders geht, hatte Prof. Dr. Lesch zum Glück deutlich gemacht.

Das ehemals als „letzte Warnung“ (Robert Gale) angesehene Unglück von Tschernobyl hat im Jahr 2011 einen Nachfolger gefunden. Wie viele Warnungen brauchen wir Menschen noch? Wäre es nicht leichter, jetzt einsichtig zu werden und nicht, wie in einer EU „Energy Road Map“ anvisiert, weiter verstärkt auf Atomkraft zu setzen? Die Sinnhaftigkeit dieses Weges wird von Naturwissenschaftlern in Frage gestellt, nicht aus ideologischen Gründen, sondern aufgrund der dieser Technik innewohnenden, unausweichlichen Gefahren.

Kirche auf dem Weg

Ev. Kirche in Hessen und Nassau engagiert sich für Klimaschutz und Energieeinsparung



minus ist plus
AKTIONSTAG ZUM KLIMASCHUTZ

EVANGELISCHE KIRCHE
IN HESSEN UND NASSAU

Samstag, 1. Oktober 2011
10–18 Uhr, Stadthalle Groß-Umstadt
Vortrag, Workshops und Gottesdienst

Markt der Möglichkeiten
Aussteller präsentieren umweltfreundliche Projekte

8,- Euro Teilnehmerbeitrag
(inkl. Verpflegung & Tagungsunterlagen)

Mehr Informationen unter: www.minusistplus.de



Referent: Monika Griefahn, Publizistin und Politikern
Moderation: Lothar Bauerroche (HfK)
Predigt: Dr. Ulrich Deichlänger, Präses der Landesynode

Partner: 



Ein „anderer“ Lebensstil ist nötig – Der erste EKHN-Aktionstag zum Klimaschutz

Dass es „anders geht“ ist im Hinblick auf eine nachhaltigere Lebensweise ein zentraler Aspekt allen Nachdenkens. Daher wählte das Vorbereitungsteam des ersten Klimaaktionstages der EKHN das Motto „Minus ist plus“.

Am 1. Oktober fand dieser Aktionstag in Kooperation mit dem Dekanat Vorderer Odenwald in Groß-Umstadt statt. Über 20 Aussteller zeigten Produkte und Dienstleistungen, die die Bezeichnung „nachhaltig“ wirklich verdienten, beispielsweise die Sanierung eines Gemeindehauses als Passivhaus oder Photovoltaikanlagen für den Klimaschutz.

In Workshops wurde über energiesparende Bausanierungsmaßnahmen ebenso diskutiert wie über das nachhaltige Planen von Veranstaltungen oder eine Schöpfungstheologie, die den Erfordernissen des Klimawandels gerecht werden kann. Monika Griefahn, ehemalige Umweltministerin von Niedersachsen und Mitglied des Komitees, das den alternativen Nobelpreis vergibt, plädierte für eine Kreislauf-

wirtschaft, die von Anfang an auf Recycling angelegt ist, anstatt für einer Abfallwirtschaft, deren Überbleibsel irgendwo in der Erde versteckt werden müssen und möglicherweise noch Tausende von Jahren eine Gefährdung darstellen. Von Menschen gemachte Endlager können im erdgeschichtlichen Maßstab keine endgültige Lösung sein.

Der abschließende Schöpfungsgottesdienst konnte mit einer abwechslungsreichen Mischung aus Clownerie von Maria Schoenwald und Greta Milano und der Predigt von Präses Dr. Oelschläger, unterschiedliche Saiten bei den Besucherinnen und Besuchern dieses Tages zum Klingen bringen und Facetten einer gerechteren Zukunft beleuchten.

Der erste EKHN Klimaaktionstag steht in zwei Kontexten: das Integrierte Klimaschutzkonzept der EKHN und die Schöpfungszeit



Integriertes Klimaschutzkonzept der EKHN

Seit einem Jahr arbeitet die EKHN gemeinsam mit der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST) in Heidelberg im Rahmen der Klimaschutzinitiative des Bundesministerium für Umwelt an einem integrierten Klimaschutzkonzept für die EKHN.

Derzeit wird der CO₂-Verbrauch in den Bereichen Liegenschaften, Beschaffung, Mobilität erfasst und daraus Perspektiven und Möglichkeiten entwickelt, wie die EKHN bis 2015 25 Prozent CO₂ einsparen kann und welche Prioritäten gesetzt werden sollen.

Auch die Bewusstseinsbildung und schöpfungstheologische Aspekte spielen dabei eine Rolle.

Ebenfalls im Rahmen der Klimaschutzinitiative des Umweltministeriums wird ein Konzept zur energetischen Sanierung kirchlicher Gebäude“ erarbeitet.

Die EKHN ist längst vom Reden zum Handeln übergegangen. Einige Beispiele:

- Seit 2002 gibt es „Ökologische Leitlinien“.
- Es gibt Rahmenverträge mit Ökostromanbietern.
- Über 50 Photovoltaik-Anlagen werden durch die zentrale Pfarrei- und Vermögensverwaltung der EKHN betreut.
- Ein Energiecontrolling wird über die Regionalverwaltungen eingeführt.
- Kirchliche Umweltauditoren beraten und begleiten Gemeinden bei Umweltfragen.

- Das Fernstudium „Na Klar! – Bildung für nachhaltige Entwicklung in kirchlichen Lernarrangements“ bietet die Möglichkeit, sich in einem Jahr im Bereich der nachhaltigen Entwicklung weiter zu bilden.
- Das Pilotprojekt „Nachhaltige Entwicklung in Bürgerhand“ bildet Menschen zu ProjektentwicklerInnen für Energiegenossenschaften aus, vor allem im Hinblick auf Photovoltaikanlagen.
- Nachhaltigkeitsstandards beim Einkauf werden erarbeitet.
- Der Ökofond und die ökologischen Baurichtlinien zielen auf nachhaltiges Bauen und Sanieren von Gebäuden.
- Der dienstliche Fuhrpark der EKHN wird angepasst.
- Nationale und internationale Zielkonflikte zwischen Klimaschutz, der Nutzung nachwachsender Rohstoffe und einer nachhaltigen Landnutzung werden bearbeitet.
- Die EKHN ist Gründungsmitglied im ökumenischen Herausgeberkreis „Jahrbuch Gerechtigkeit“.
- Die EKHN ist Mitglied der Klima-Allianz Deutschland, die sich als breit angelegtes gesellschaftliches Bündnis für den Umstieg auf erneuerbare Energien engagiert.
- Die EKHN ist Gründungsmitglied der „Entwicklungspolitischen Klimaplattform“ der Kirchen und kirchlichen Werke.
- Viele Kirchengemeinden beteiligen sich am Projekt „Grüner Hahn“, oder möchten, wie im Dekanat Runkel, einen Wald aufforsten und als Identifikations- und Begegnungsort nutzen.

Schöpfungszeit/-tag des Arbeitskreises christlicher Kirchen (ACK)

Auf dem ökumenischen Kirchentag in München 2009 hat der ACK in Deutschland alle Mitgliedskirchen aufgerufen, in jedem Jahr vom 1. September (Beginn des orthodoxen Kirchenjahres) bis zum 4. Oktober (Gedenktag Franz von Assisi) eine Schöpfungszeit zu begehen mit der Feier eines ökumenischen Schöpfungsgottesdienstes am jeweils ersten Freitag im September.

Der Schöpfungsgottesdienst wurde im Jahr 2011 unter Federführung der Evangelischen Kirche Kurhessen-Waldeck und des Bistums Fulda in Kooperation mit der EKHN in

Gelnhausen-Meerholz im Rahmen einer Öko-Messe gefeiert. Unter dem Motto „Ei, gucke mal do!“ wurde die „Biodiversität“ in einem sehr lebendigen Familiengottesdienst mit Bischof Hein (EKKW) und Weihbischof Karlheinz Dietz (Bistum Fulda) thematisiert.

Ein Schöpfungsgottesdienst während des Klimaaktionstags der EKHN schloss die Schöpfungszeit ab.

Das Motto für das Jahr 2012 lautet: „Jetzt wächst Neues“. Die EKHN und das Bistum Mainz wurden beauftragt, den zentralen Gottesdienst zu veranstalten.

Nachhaltig predigen

In spiritueller Hinsicht ist der Weg vom Reden zum Handeln mit der Predigthilfe „nachhaltig predigen“ bereits gegangen. Sie erleichtert Predigerinnen und Predigern den Zugang zu nachhaltigen Aspekten der Texte der Perikopenordnung. Anregungen sind seit 2011 unter www.nachhaltig-predigen.de zu finden. Das Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung gehört zum Redaktionskreis der Predigthilfe.

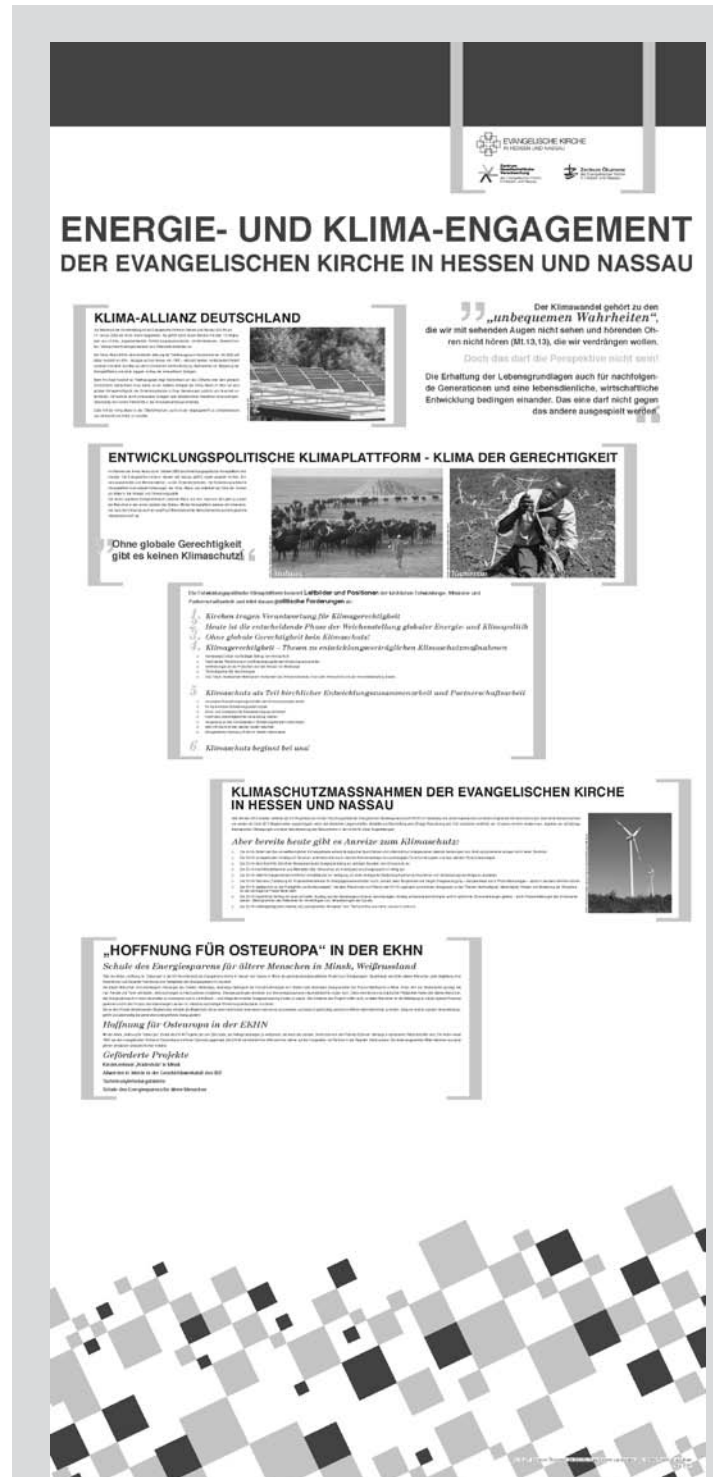
„Im Projekt ‚nachhaltig predigen‘ werden die christlichen Wurzeln der Nachhaltigkeit seit 2005 systematisch wiederentdeckt. ... Was als Werbung für eine Kooperation zwischen Kirche und Umweltministerium gedacht war, mündete in ein ökumenisches Projekt mit Beteiligung aller Bistümer und Landeskirchen in Rheinland-Pfalz. Seit 2011 wird das Projekt bundesweit als überregionales Kooperationsprojekt, an dem sechs Diözesen und acht Landeskirchen beteiligt sind, fortgeführt. ... Grundlage für die Predigtanregungen sind die Bibelstellen, die die katholische Leseordnung und die evangelische Perikopenordnung jeweils für die Sonntage vorgeben. Auf diese Weise wird deutlich, dass Nachhaltigkeit kein neues Thema für uns Christen ist, sondern ein Wiedererinnern an ureigene Wurzeln und Prinzipien. ... Ganz nebenbei wird deutlich, dass beim Bewahren der Schöpfung, bei Frieden und Gerechtigkeit konfessionelle Unterschiede Bedeutung verlieren – eine besondere Möglichkeit, sich auf das Wesentliche zu konzentrieren.“ (Michael Rentz, Koordinator von „nachhaltig predigen“)

„Immer wieder neu gibt ‚nachhaltig predigen‘ kreative Anregungen dafür, wie in der sonntäglichen Predigt die Themen Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung auftauchen können. Die Arbeitshilfe will nicht, dass die Predigt mit Appellen moralisch überfrachtet wird. Es geht aber darum, Kernthemen unserer Zeit wie den Klimawandel ins Gespräch zu bringen. Damit ist ‚nachhaltig predigen‘ ein guter Baustein und Beitrag der Kirchen zu einer nachhaltigeren Welt und einem nachhaltigeren Lebensstil.“ (Dr. Volker Jung, Kirchenpräsident der EKHN)

Es geht ums Prinzip

Der Weg zu einer klimafreundlicheren EKHN taucht damit nicht erst am Horizont auf, sondern ist längst Realität geworden, gerade auch durch Aktivitäten in Gemeinden und Dekanaten. Nachhaltigkeit und Klimaschutz sind letztlich nicht vereinzelte Projekte kirchlichen Handelns, sondern sollten zum Prinzip kirchlichen Handelns werden, bei der Formulierung von Gesetzen ebenso wie bei der Planung und Durchführung von zentralen Veranstaltungen der EKHN. Es geht um eine Übereinstimmung von Reden und Handeln in schöpfungstheologischen Fragen, die zum Kernbestand des christlichen Glaubens gehören.

Dr. Hubert Meisinger



BILDUNTERSCHRIFT ZU DEN PERSONEN BILDUNTERSCHRIFT ZU DEN PERSONEN

„Wir haben diesen Planeten nicht von unseren Eltern geerbt, wir haben ihn von unseren Kindern geliehen.“

Maoris, Ureinwohner Australiens





Wir machen Türen auf!

Betriebsbesuche mit Blick auf regenerative Energie

Schon Alexander von Humboldt sagte: „Die gefährlichste aller Weltanschauungen ist die Weltanschauung der Leute, welche die Welt nie angeschaut haben“.

Betriebsbesuche tragen dazu bei, ein Stück mehr von „der Welt“ kennenzulernen. Als Verbraucher lernt man in der Regel nur das fertige Produkt kennen, nicht aber die Bedingungen, unter welchen es hergestellt wird. Bei einem Betriebsbesuch sammelt man optische Eindrücke und erhält ein Gespür dafür, was und wie dort gearbeitet wird. Und man kommt mit den Beschäftigten ins Gespräch und kann sich ein eigenes Bild machen. Betriebsbesuche ermöglichen fundiertes Urteilen und Handeln und liefern den Hintergrund für politische Bewertungen und Beurteilungen. Thematisch standen die Betriebsbesuche 2011 im Kontext der erneuerbaren Energie.

Mitglieder von Kirchengemeinden informierten sich beispielsweise bei der Firma juwi in Wörrstadt, einem Anbieter von Lösungen für erneuerbare Energie, wie man nachhaltige und dezentrale Energieversorgung möglich machen kann.

Im Energiepark Odenwald, einem ehemaligen Militärgelände, zeigte sich, wie Interessen von Anwohnern und Betreibern von Windrädern, Solar- und Biogasanlagen gut miteinander harmonieren. Fernab von Dörfern und kleinen Ansiedlungen müssen Unternehmen nicht fürchten, Anwohner durch Lärm und Staub zu verärgern. Für Larissa Divisch vom Ev. Dekanat Odenwald, die den Besuch

organisierte, ist das Besondere, „dass man an Orte kommt, die man auf eigene Faust gar nicht besuchen kann“.

Wie geht es mit der Mobilität der Menschen weiter, wenn die fossilen Brennstoffe versiegen? Diese Frage stand im Mittelpunkt des Besuchs im Technologiezentrum von Opel in Mainz-Kastel. Dort wird an Brennstoffzellen für Autos geforscht. Hartmut Tresse, ein Teilnehmer aus Hünfeld, begrüßte es sehr, „dass sich die Kirche im Rahmen ihrer gesellschaftlichen Verantwortung auch den Fragen der umweltfreundlichen Mobilität stellt“.

Beim Besuch des Textilreinigungsunternehmens Klingelmeyer lag der Schwerpunkt auf Ressourcenminderung. Die Reinigung stand vor fünf Jahren vor der Frage, wie sie konkurrenzfähig bleiben kann ohne nach Osteuropa umzuziehen oder Mitarbeiter entlassen zu müssen. Gemeinsam mit der Universität für Verfahrenstechnik in Darmstadt entwickelte sie eine Abwasserrecyclinganlage, die so viel Energie und Kosten einspart, dass die Wäscherei ihren Standort nicht verlegen musste.

Die Reihe „Wir machen Türen auf“ wurde vom Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung gemeinsam mit den Profil- und Fachstellen der Ev. Dekanate in Südhessen und der Ev. Erwachsenenbildung Darmstadt Land organisiert.

2012 wird die Reihe fortgesetzt. Besucht werden Unternehmen der Lebensmittelproduktion. Nähere Informationen zum Programm kann man unter h.miehe@zgv.info erhalten.

Margit Befurt







Werner Schneider-Quindeau, Pfarrer der St. Katharinenkirche und Mitveranstalter (links) im Gespräch mit Dr. Dirk Sollte, Forschungsinstitut für anwendungsorientierte Wissensverarbeitung in Ulm

„Das Finanzsystem wird heute von leistungsstarken globalen Akteuren dazu benutzt, in einem viel zu geringen Umfang Steuern zu zahlen.“

Dr. Dirk Sollte
Forschungsinstitut für
anwendungsorientierte
Wissensverarbeitung, Ulm

Bilder einer Ausstellung

Steueroasen und Offshore-Zentren in Europa

„Es ist schon eine ungewöhnliche Idee, etwas in einer Ausstellung zu zeigen, was seinem Sinn nach grundsätzlich verborgen sein soll und in der Praxis auch weitestgehend verborgen ist.“ So begann die Pröpstin für Rhein-Main, Gabriele Scherle ihre Einführung im Rahmen der Ausstellungseröffnung in der Frankfurter Katharinenkirche. Sie hatte die Schirmherrschaft für die Ausstellung „Räume der Offshore-Welt“ übernommen. Auf den Fotos, die Silke Ötsch und Celia Di Pauli von Attac unter dem Titel „Räume der Offshore Welt – Steueroasen und Offshore-Zentren in Europa“ zusammengestellt haben, fällt vor allem auf, was man alles nicht sieht. Umso mehr sagen sie aus über die Angebote dieser „Steuerparadiese“ und „Verdunkelungsoasen“, bei denen es zum Teil um die Vermeidung und Hinterziehung von Steuern geht, zum Teil um die Umgehung von Regulierungen und in erheblichem Umfang auch um Geldwäsche. Dass dies alles oft eng zusammenhängt, hat uns die jüngste Finanzkrise gelehrt.

Für zwei Wochen im März erreichte die Ausstellung damit ein breites Publikum, das Steuern und Steuerpolitik oft für zu trocken und zu kompliziert hält. Die Begleitveranstaltungen vertieften die Information über die Wirkung und das Ausmaß von systematischer, strukturell unterstützter Verdunkelung von Einnahmen und der Vermeidung und Hinterziehung von Steuern und machte deren gesellschaftliche und volkswirtschaftliche Bedeutung anschaulich.

Neben der wirtschafts- und finanzpolitischen Bedeutung lag ein besonderer Fokus auf der ethischen Dimension. Es wurde betont, dass Steuergerechtigkeit vom politischen Willen, die geltenden Steuergesetze für alle Steuerpflichtigen gleichermaßen durchzusetzen, abhängt. Wenn dies weit-

gehend gelingt, kann es zu einer höheren Akzeptanz des Steuersystems durch die große Zahl der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler beitragen. Steuerhinterziehung ist kein Kavaliersdelikt und grundsätzlich nicht zu tolerieren. Das ist nicht erst nach den Aufsehen erregenden Ereignissen um verschiedene CDs mit Daten von möglichen Steuersündern eine weit verbreitete Meinung. Die Menschen verstehen durchaus den Zusammenhang zwischen den Möglichkeiten der Steuervermeidung und Steuerhinterziehung, die überwiegend Beziehern sehr hoher Einkommen und transnationalen Unternehmen zur Verfügung stehen und den daraus resultierenden fehlenden Einnahmen der öffentlichen Hand. Diese müssen dann durch eine hohe Belastung der übrigen Steuerzahler/innen ausgeglichen werden oder führen aufgrund fehlender öffentlicher Einnahmen zu einer Unterversorgung mit öffentlichen Gütern und Dienstleistungen und oft gleichzeitig zu steigenden Schulden.

Kein Paradies unter Palmen

„Der Begriff ‚Offshore‘ bezeichnet im wörtlichen Sinn eine Insel vor dem Festland. Die Anwendung des Begriffs auf Finanzaktivitäten wurde von der britischen Regierung in London eingeführt. Es geht dabei nicht um Geografie sondern darum, dass die Offshore Finanzzentren außerhalb des Wohnsitzes ihrer Kundinnen und Kunden liegen und vor allem außerhalb des Geltungsbereichs der Regeln der „normalen“ Welt. Die Offshore-Welt umfasst u. a. Steueroasen, Offshore-Finanzzentren, Sonderwirtschaftszonen, Billigflaggen, Offshore-Kasinos, E-Commerce, die ihre Dienstleistungen teilweise mit erstaunlicher Offenheit auch im In-

ternet anbieten. (Vgl. Silke Ötsch und Celia Pauli, Einleitung: Räume der Offshore-Welt. Die Potemkinschen Dörfer von heute, in: Räume der Offshore-Welt. Steueroasen und Offshore-Zentren in Europa, S.7).

Das Prinzip von Offshore-Einrichtungen ist die Umgehung von Regeln und Gesetzen, die an anderen Orten bzw. in anderen Ländern gelten. „Steuer- und Regulierungsoasen sind Orte mit einem Gesetzesrahmen, der Personen auf legale und illegale Weise hilft, Gesetze und Regeln des Ortes zu umgehen, wo die wesentliche wirtschaftliche bzw. unternehmerische Tätigkeit stattfindet“, heißt es im Ausstellungskatalog. Sie zielen darauf ab, gültige nationale Gesetze außer Kraft zu setzen bzw. wirkungslos zu machen, ohne dass Personen oder Unternehmen, die diese Möglichkeit nutzen, umziehen müssten. Der Unterschied zwischen ansonsten ähnlich funktionierenden Steuer- und Regulierungsoasen ist der, dass es bei Regulierungsoasen nicht primär um den Steuervorteil geht, sondern um die Umgehung von Finanzmarktregeln (z. B. Haftungs- oder Eigenkapitalvorschriften bei risikoreichen Spekulationsgeschäften). Beiden gemeinsam ist wiederum die Geheimhaltung. Besitzer/innen von Vermögen und Unternehmen bleiben anonym, wenn sie

Treuhänder z.B. mit der Verwaltung von Stiftungen beauftragen. Die Finanzämter der Ursprungsstaaten erhalten wegen des Bankgeheimnisses keine Auskunft über die Besitzer/innen und Summen auf den Konten.

Wenn Kirche dieses Thema aufgreift, dann geschieht dies im Rahmen der Frage nach sozialer Gerechtigkeit. Im EKD Text 106, Transparenz und Gerechtigkeit heißt es dazu: „Biblich verstanden sind Talente, Wohlstand und Reichtum anvertraute Güter, die wir nutzen sollen, um auch anderen Lebensmöglichkeiten zu eröffnen und ihnen in Not und Krisensituationen zur Seite zu stehen ... Dies rechtfertigt eine angemessen hohe Besteuerung der Leistungsfähigen, die damit ihren Beitrag zur sozialen Umverteilung leisten ... Die jüngst bekannt gewordene große Zahl von wohlhabenden Steuerpflichtigen, die Gestaltungsspielräume bis zum letzten ausnutzen oder sich der Steuerzahlung gänzlich entzogen haben, kennzeichnet eine skandalöse Situation.“ (vgl. EKD Text 106, Transparenz und Gerechtigkeit, Hannover 2009, Ziff. 13).

Im März 2011 war die Debatte um Steuergerechtigkeit im Rahmen der Ausstellung auch eingebunden in den Kontext der Debatte um die Kostensenkungen, die zur Einhaltung der sog. Schuldenbremse bei Bund, Ländern und Gemeinden erforderlich sein werden und sich heute bereits im Ausgabeverhalten der öffentlichen Hand abzeichnen. Im Frühjahr 2011 hatte die Ausstellung, ohne darauf fokussiert zu sein, einen besonderen aktuellen Bezug durch die Ende März in Hessen stattfindende Volksabstimmung zur Verankerung der Schuldenbremse in der Verfassung des Landes. Das war dann auch ein Thema insbesondere in der Veranstaltung am 18. 3. 2011, in der es nach dem „Gebet für Frankfurt“ um die regionale Bedeutung von Offshore-Zentren ging. Hier wurde u. a. kritisiert, dass insbesondere die Regierungsparteien es verweigerten, im Zusammenhang mit dem sinnvollen und wichtigen Ziel der Haushaltskonsolidierung die Frage der Steuereinnahmen stärker einzubeziehen.

Der Leiter des ZGV, Oberkirchenrat Christian Schwindt unterstützte als Vertreter der Evangelischen Kirche in Hessen-Nassau bei der Anhörung im hessischen Landtag zwar das Ziel der Haushaltskonsolidierung. Er betonte aber, dass sich die Bemühungen darum nicht nur auf Ausgabenkürzungen beschränken dürfen, insbesondere dann nicht, wenn es im Wesentlichen Sozialausgaben und die ausreichende finanzielle Ausstattung der Kommunen betrifft.

Ein allgemeiner Hinweis auf die Einnahmenverantwortung wie im Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Hessen (Aufnahme einer Schuldenbremse in Verantwortung für kommende Generationen – Gesetz zur Schuldenbremse) vom 29. April 2011 reicht dafür nicht aus. Solange die steuerliche Privilegierung von Gewinnen und Kapitalerträgen sowie Spitzeneinkommen, die in den zurück liegenden Jahren in Kraft gesetzt wurden, aufrecht erhalten wird und auch die Einführung einer verfassungskonformen Vermögenssteuer in Deutschland nicht voran kommt, ist es umso wichtiger, zumindest die Durchsetzung der geltenden Steuergesetze durch das Bekämpfen von Offshore-Zentren zu gewährleis-

**Steueroasen
mitten unter uns**

Ausstellung
und Veranstaltungen
9. bis 23. März 2011
St. Katharinenkirche
Frankfurt am Main

Öffnungszeiten:
täglich außer sonntags von 14.00 Uhr bis 19.00 Uhr
und sonntags nach dem Gottesdienst

Schirmherrschaft:
Hanns-Gabriel-Schulte, Präses für Rhein-Main

Veranstaltung:
zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der SKiN
Arbeit und Leben (IGB/VHS), Frankfurt am Main
Evangelische Stadtkirchenarbeit, Frankfurt am Main
Plannede Gesellschaftliche Verantwortung
ver.di, Beesk Frankfurt am Main

Ausstellungsmacherinnen:
Dr. Silke Ötsch und Celia Di Pauli, at&ac Deutschland
Die Ausstellung hat den Titel
„Räume der Offshore-Welt – Steueroasen und
Offshorezentren in Europa“

Logo of Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung (ZGV) and logos of partner organizations: IGW, VHS, ver.di, and others.



Dr. Brigitte Bertelmann im Gespräch mit Christian Kopf, Fondsmanager, London und Markus Henn (rechts), WEED, Berlin

ten. Etwa 200–250 Milliarden Euro an Steuereinnahmen entgehen nach Schätzungen des ehemaligen EU-Kommissars Kovács allein den Ländern der EU jährlich, weil steuerpflichtige Einkünfte aufgrund legaler oder tolerierter Steuerschlupflöcher nicht erfasst werden (können) oder weil Steuerhinterziehung nicht aufgeklärt und gerichtlich verfolgt werden kann.

Bekämpfung von Steuerhinterziehung liegt im gemeinsamen Interesse

Es ist im Interesse sowohl der wohlhabenden westlichen Länder als auch der Entwicklungsländer, denen ebenfalls in großem Umfang Einnahmen entgehen, gemeinsam Steuer- und Regulierungs-oasen auszutrocknen. Eine Welt mit nahezu grenzenloser Mobilität für Kapitalströme braucht Instrumente und Regeln, die die davon ausgehenden Gefahren, wirksam eindämmen. Mögliche Ansätze sind bekannt. Während und direkt nach dem Ausbruch der Finanzkrise haben sich viele Politiker/innen und Finanzexpert/innen dazu bekannt. Die Umsetzung ist vielfach in den Anfängen stecken geblieben bzw. überhaupt nicht realisiert worden. Auch nach der Ausstellung, die vielleicht zur Sensibilisierung für das Thema bei den Besuchern beigetragen hat, sind also weitere Informationsveranstaltungen und Internet-Kampagnen erforderlich, um mehr politischen Druck zu erzeugen. Dazu braucht es anhaltende demokratische Unterstützung aus der Bevölkerung insbesondere auch für Politiker/innen, die sich für die Bekämpfung von Steuer- und Regulierungs-oasen einsetzen. Aus diesem Grund unterstützt das ZGV z.B. Kampagnen wie aktuell die gegen das bilaterale Steuerabkommen zwischen der Schweiz und Deutschland, (s. u.) und informiert, auch in Kooperation mit den Kollegen und Kolleginnen im Handlungsfeld Gesellschaftliche Verantwortung in den Dekanaten, Gemeinden und anderen Interessierten über die damit verbundenen politischen Ziele.

Hintergrundinformationen dazu bieten auch zivilgesellschaftliche Netzwerke wie das International Tax Justice Network (TJN) (vgl. www.steuergerechtigkeit.blogspot.com).

Seit vielen Jahren setzt sich das Internationale Tax Justice Network dafür ein, Steueroasen konsequent auszutrocknen und Steuerhinterziehung zu verhindern. In einer globalisierten Welt mit freiem Kapitalfluss brauchen wir Abkommen über den automatischen Austausch steuerrelevanter Informationen und wirksame internationale Vereinbarungen zur Regulierung der Finanzmärkte. Dies soll u. a. durch eine Erweiterung der EU-Zinsrichtlinie erreicht werden. (vgl. www.campact.de/steuer/info/home)

■ Erweiterung der EU-Zinsrichtlinie

Das TJN fordert die Erweiterung der 2005 in Kraft getretenen Europäischen Zinsrichtlinie. Diese sieht zwar vor, dass die Länder sich gegenseitig Information über Zinseinkünfte zur Verfügung stellen, bietet aber so viele Umgehungsmöglichkeiten, dass sie nicht effektiv zu dem Ziel beitragen, Kapitaleinkünfte genauso umfassend zu besteuern wie Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit. Die dafür erforderliche Erweiterung dürfte sich nicht nur auf Zinsen beschränken, sondern müsste auch Dividenden und Erträge „innovativer“ Kapitalmarktprodukte wie Derivate sowie Veräußerungsgewinne einbeziehen. Außerdem dürfte sie nicht nur Privatpersonen sondern auch Unternehmen, Trusts, Stiftungen und Versicherungen erfassen. Schließlich muss der Geltungsbereich über die EU hinaus auf andere Steueroasen wie z. B. Panama, Singapur oder Hongkong erweitert werden.

■ Keine bilateralen Abkommen, die Steuerflucht begünstigen

Im Herbst 2011 hat die Schweiz mit Deutschland und Großbritannien Steuerabkommen ausgehandelt, die darauf zielten, das Bankgeheimnis der Schweiz zu wahren und den mit der Erweiterung der Zinsrichtlinie angestrebten Informationsaustausch zu verhindern. Durch eine Abgeltungszahlung sollen die geschätzten Steueransprüche der Partnerländer aus Einkommen und Vermögen das von deutschen Steuerpflichtigen auf Schweizer Konten gehalten wurde, abgegolten werden, ohne dass die Kontoinhaber und die tatsächliche Höhe der Guthaben transparent wird.

„Die Menschen verstehen durchaus den Zusammenhang zwischen den Möglichkeiten der Steuervermeidung, die überwiegend Beziehern sehr hoher Einkommen und transnationalen Unternehmen zur Verfügung stehen und den daraus resultierenden fehlenden Einnahmen der öffentlichen Hand.“

Pfarrerin Gabriele Scherle
Pröpstin von Rhein-Main



Werner Schneider-Quindeau
mit Pfarrerin Gabriele Scherle,
Pröpstin von Rhein-Main
und Schirmherrin der
Ausstellung

■ Pflicht zum Informationsaustausch und eine aussagefähige „Schwarze Liste“

Die bisher durch die OECD vorgelegte „Schwarze Liste“ der nicht kooperationsbereiten Staaten ist für eine konsequente Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Steuerflucht nicht brauchbar, da die ihr zugrunde liegenden Kriterien leicht zu umgehen sind. So können Staaten, die mit zwölf anderen Staaten bilaterale Abkommen zum Informationsaustausch abgeschlossen haben, von der Liste gestrichen werden, ohne das kontrolliert wird, ob die Abkommen greifen und die benötigten Informationen überhaupt erhoben werden. Bisher können Staaten, die aufgrund nationaler Gesetzgebung ein striktes Steuergeheimnis wahren nicht zur Erhebung der relevanten Daten gezwungen werden, noch ist die Verweigerung entsprechender Kooperation mit Sanktionen verbunden.

■ Rechnungslegung nach Ländern (Country by Country Reporting)

Durch interne Verrechnung und Bilanzgestaltung können multinationale Unternehmen ihre Gewinne zu erheblichen Teilen in jeweils steuerlich günstigere Länder verschieben. Dies ist von den Steuerbehörden aufgrund fehlender Transparenz nur schwer nachprüfbar. Die dadurch entstehenden Verluste werden jährlich auf mehrere Hundert Milliarden geschätzt. Dem sollte durch eine verpflichtende länderbezogene Rechnungslegung entgegengetreten werden, in der die Unternehmen angeben, in welchem Namen sie in welchen Ländern unternehmerisch tätig sind. Außerdem sollten die Finanzergebnisse einschließlich Umsätze, Einkauf, Finanzierungskosten, Lohn- und Gehaltskosten sowie Beschäftigtenzahlen und der Gewinn vor Steuern, der in den jeweiligen Ländern erzielt wird, sowie die an die Behörden des Standortes der Geschäftstätigkeit abgeführten Steuern, erfasst werden.

■ Steuerharmonisierung in der EU und Abschaffung des Steuerwettbewerbs

Angesichts der in der EU unbeschränkten Möglichkeiten des Kapitaltransfers müsste eine koordinierte gemeinsame Steuer- und Finanzpolitik eingeführt werden. Dafür müssen

gemeinsame Standards entwickelt werden wie z. B. eine gemeinsame Steuerbemessungsgrundlage und gemeinsame Mindeststeuersätze für die Unternehmensbesteuerung. Außerdem müsste in Steuerangelegenheiten das Prinzip der Einstimmigkeit abgeschafft werden, damit nicht eine einzelne „Steueroase“ Maßnahmen zur Bekämpfung von Steuerbetrug verhindern kann.

Finanzkrise und Schuldenkrise – Ansätze für gerechtere Strukturen

Die euphorischen Schlagzeilen und die Lobreden von Politikern, die das Ende der Finanz- und Wirtschaftskrise verkündeten, hatten nur eine kurze Halbwertszeit. Inzwischen wird immer mehr Menschen klar, dass die Folgen der Finanzkrise keineswegs überwunden sind, sondern in Form der Schuldenkrise, die viele Länder erfasst hat, weiter bedrohliche Realität ist. Die Ursachen und Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise waren daher auch in 2011 ein Thema, das immer wieder von verschiedenen Gruppen im Gebiet der EKHN aufgegriffen wurde. Dabei gingen die Fragen und Diskussionen zunehmend über die unmittelbaren Vorgänge auf den Finanzmärkten hinaus. Die, durch die sogenannte Systemrelevanz nicht nur des Bankensystems sondern auch einzelner Finanzinstitute, für notwendig gehaltene Rettung der Banken, sowie die Stützungs- und Konjunkturprogramme, die der Wirtschaftskrise entgegenwirken sollten, haben zu einem enormen Anwachsen der Staatsschulden in vielen Ländern geführt. Lösungen, die aus dieser komplexen Krisensituation herausführen und insgesamt für die Staaten und die Wirtschaft zukunftsfähige Handlungsoptionen eröffnen, die über kurzfristige Notfallpläne hinausreichen, lassen sich nur im Rahmen internationaler Kooperation finden. Das haben, trotz aller Verärgerung über politische Fehlentscheidungen in der Vergangenheit, viele Menschen verstanden. Daraus ergab sich häufig auch die Frage, wie weit die Dominanz des Wachstums- und Wettbewerbsprinzips als Leitbild unseres politischen und wirtschaftlichen Handelns in

einer globalen Wirtschaft noch trägt. Wir brauchen zur Bewältigung grenzüberschreitender Probleme Strukturen, Verfahren und Institutionen, die das gemeinsame Handeln über kurzfristige, nationale Interessen hinaus ermöglichen und unterstützen. Wir brauchen in einer globalisierten Welt mit globalen, offenen Finanzmärkten zur Deckung der Folgekosten der Krise, zur Finanzierung der globalen öffentlichen Güter wie Stabilität des Klimas, Schutz der Biodiversität und der Weltmeere und zur Erreichung der Millenniumsziele, aber auch zur Sicherung der Stabilität und Funktionsfähigkeit der globalen Finanzsysteme Einnahmen, die gemeinsam in Form von internationalen Steuern oder Gebühren erhoben werden. Wir brauchen Instrumente, die geeignet sind, gerechtigkeitsfeindliche Strukturen transparent zu machen und Ansätze zu deren Beseitigung bieten. Deshalb unterstützen die Kirchen z. B. auch die Forderung zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer (vgl. www.bayern-evangelisch.de/www/ueber_uns/fuenf-gute-gruende-fuer-die-finanztransaktionssteuer.php).

■ Die Finanztransaktionssteuer

Menschen mit einer Idee, die zunächst völlig außerhalb der Mehrheitsströmungen von Wissenschaft und Politik liegt, haben es schwer, sich durchzusetzen. Das traf auf die ersten Ideen zum Ausbau regenerativer Energieerzeugung ebenso zu wie auf den Vorschlag, Abgaben für schädliche Emissionen zu erheben – und auch auf die Finanztransaktionssteuer. Seit immer deutlicher wird, dass Finanzspekulationen einen erheblichen Beitrag zur Entstehung und zum Ausmaß der Finanzkrise beigetragen haben und die enormen Kosten, die zur Rettung des Bankensystems eingesetzt werden von den Steuerzahlern aufgebracht werden müssen, erscheint auch vielen Finanzministern der Vorschlag einer Steuer auf Finanztransaktionen durchaus plausibel. Eine solche Steuer könnte die Spekulation auf Kursschwankungen von Wertpapieren in großem Stil geringfügig verteuern und damit weniger attraktiv machen. Inwieweit sie tatsächlich zu einer Dämpfung der Volatilität beiträgt ist unter Experten umstritten. Sie würde allerdings die Finanzmarktakteure, die in erheblichem Maße von der Deregulierung der Finanzmärkte profitiert haben, ohne letztlich die Haftung für die daraus folgenden Risiken zu übernehmen, an der Finanzierung der Staatsausgaben beteiligen. Dabei würden diejenigen am stärksten belastet, die mit hohen Beträgen von extrem schnellen Schwankungen bei Transaktionen mit oft nur geringen Gewinnmargen profitieren. Außerdem würden durch die Besteuerung des Nominalwertes von Transaktionen risikoreiche Geschäfte mit hoher Hebelwirkung relativ höher belastet. In beiden Fällen würde damit das Ziel erreicht, weitgehend spekulative Geschäfte stärker zu belasten und damit tendenziell unattraktiver zu machen. Dies hätte dann neben dem erwünschten fiskalischen Effekt möglicherweise gleichzeitig eine erwünschte stabilisierende Wirkung auf den Handel.

James Tobin, der die Idee einer Steuer auf Finanztransaktionen entwickelt hat, hatte damals vorgeschlagen, die

daraus erzielten Einnahmen zur Finanzierung von Entwicklungshilfeprojekten einzusetzen. Dies wird auch heute insbesondere von NGO's, die in der Entwicklungshilfe tätig sind gefordert. Die meisten Politiker, die eine solche Steuer inzwischen unterstützen, denken eher an die Konsolidierung ihrer Haushalte. Auch die in den nächsten Jahren für den Klimaschutz erforderlichen hohen Investitionen wären eine sinnvolle Verwendungsmöglichkeit. Bevor wir damit in unseren Haushalten rechnen können, muss sie allerdings erst einmal eingeführt werden. Dafür brauchen Politiker, die sich gegen Finanzmarktlobbyisten durchsetzen wollen, nicht zuletzt die Unterstützung und Ermutigung der Wählerinnen und Wähler. Das ZGV will mit seinen Informationsangeboten und seiner Beteiligung an der öffentlichen Debatte zu einer entsprechenden Willensbildung beitragen.

■ Der Schattenfinanzindex

Mit dem Schattenfinanzindex hat das Tax Justice Network ein Instrument entwickelt, das transparent macht wie ein weltweites Netz von Steuer- bzw. Verdunkelungssoasen illegale Finanztransaktionen und internationale Steuerflucht systematisch unterstützt und die dafür notwendige Infrastruktur anbietet. Es macht deutlich, dass inzwischen eine globale Industrie entstanden ist, die weltweit illegale Geschäfte fördert. Dazu zählen Steuerhinterziehung, Betrug,

Insidergeschäfte, Veruntreuung, das Unterschlagen von Unterhaltszahlungen, Geldwäsche und das Umgehen von Finanzmarktregulierung. Diese zentralen Drehscheiben der globalen Finanzmärkte bieten nicht nur Steuervergünstigungen an, sondern schirmen diejenigen, die davon profitieren wollen, auch vor den Gesetzen, Auflagen und Regulierungsvorschriften anderer Staaten ab. Ihnen allen gemein sind rechtlich verankerte Geheimhaltungs- und Verdunkelungsmechanismen im Finanzwesen. Der FSI zeigt auf, welche Finanzplätze weltweit am meisten zu Intransparenz und Verdunkelung im internationalen Finanzsystem beitragen und wie dringend globaler politischer Handlungsbedarf besteht. (Siehe dazu www.financialsecrecyindex.com/index.html)

Die zentralen Drehscheiben der globalen Finanzmärkte bieten nicht nur Steuervergünstigungen an, sondern schirmen diejenigen, die davon profitieren wollen, auch vor den Gesetzen, Auflagen und Regulierungsvorschriften anderer Staaten ab.

Die Bekämpfung einer Struktur, die weltweit illegale grenzüberschreitende Zahlungsströme in Höhe von geschätzten 1.000 bis 1.600 Mrd. Dollar an den Finanzbehörden vorbeilenkt ist eine Frage des gemeinsamen politischen Willens. Angesichts der enormen finanziellen Herausforderungen vor denen die Staaten weltweit stehen aber auch angesichts der Demokratie gefährdenden wachsenden Kluft zwischen Armen und Reichen innerhalb einiger westlicher Länder ebenso wie zwischen armen und wohlhabenden Ländern dürften den ersten zaghafte Schritten, die bisher hinter den Versprechungen der Regierungen nach dem Ausbruch der Finanzkrise deutlich zurückblieben, an Entschlossenheit gewinnen. Das Thema wird das ZGV auf jeden Fall auch im nächsten Jahr und wohl darüber hinaus immer wieder beschäftigen.

Dr. Brigitte Bertelmann

Zahlen und Fakten

Im August 2011 lebten in Deutschland etwa 6,3 Millionen Personen in Hartz-IV-Haushalten, darunter 1,65 Millionen Kinder unter 15 Jahren. Rund zehn Prozent der Bevölkerung zwischen null und 65 Jahren sind auf Hartz IV Leistungen angewiesen. Zusammen mit etwas mehr als einer Million Menschen, die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, laufende Hilfe zum Lebensunterhalt („Sozialhilfe“) oder Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten, „trägt“ das unterste soziale Netz in Deutschland mehr als sieben Millionen Menschen. Hinzuzurechnen ist eine Dunkelziffer von Haushalten, die Ansprüche auf Sozialleistungen haben, diese aber aus Scham, Stolz oder Unkenntnis nicht einlösen.

In Hessen lebten im August 2011 insgesamt 411.987 Menschen in Hartz-IV-Bedarfsgemeinschaften. Das entspricht einem Anteil von 6,8 % an der Gesamtbevölkerung. Darunter sind 117.982 Kinder unter 15 Jahren. In Rheinland-Pfalz sind es insgesamt 222.339 Menschen von ca. vier Millionen (5,6 %), darunter 62.208 Kinder unter 15 Jahren.



Einmal arm – immer arm?!

Hartz-IV-Ökonomie: Eine Parallelwelt verfestigt sich

Seit über zehn Jahren lässt sich in der Bundesrepublik ein Anstieg der Armut beobachten. Etwa 11,5 Millionen Bürgerinnen und Bürger, 14 Prozent der Gesamtbevölkerung, leben in Armutsgefährdung. Ihr Anteil ist in nur einem Jahrzehnt um ein Drittel gewachsen. Etwa jeder zehnte Bürger befindet sich in „verfestigter Armut“, die mindestens fünf Jahre andauert. Wer einmal arm geworden ist bleibt in der Regel dauerhaft in einer prekären Situation.

Das Armutsproblem verändert und bewegt unsere Gesellschaft. Die letzten Jahre haben geradezu einen Boom von neuen Hilfsangeboten gebracht. Viele Menschen sind aktiv, um den alltäglich gewordenen Mangel zu bewältigen. Auch die Evangelische Kirche hat sich, ihrem Leitbild der gerechten Teilhabe folgend, in zahllosen Projekten engagiert.

Der Bundesausschuss Erwerbslosigkeit, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik (ESA) des Kirchlichen Dienstes in der

Arbeitswelt (KDA), in dem das Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der EKHN mitarbeitet, beobachtet diese Entwicklung seit Jahren mit Sorge. Er hat in den Jahren 2010 und 2011 Projekte vor Ort befragt und die Ergebnisse sowohl in einer Stellungnahme und einem Materialheft zum Sozialpolitischen Buß- und Betttag sowie bei einem bundesweiten Fachtag im September 2011 in Wittenberg der Öffentlichkeit vorgestellt.

Entstehung der Hartz-IV-Ökonomie

So notwendig die neu entstandenen Angebote für arme Menschen in unserer Gesellschaft heute sind, so deutlich wird jedoch, dass das Engagement eine Kehrseite hat. Die neuen Hilfen lindern zwar die Lage der Betroffenen, aber das gesellschaftliche Problem ihrer Ausgrenzung wird damit

nicht beseitigt. Vielmehr hat sich trotz der Hilfe eine weitgehend abgeschlossene Lebenswelt etabliert. Es ist, so die These des KDA Ausschusses in der Mitte unserer Gesellschaft eine „Hartz-IV-Ökonomie“ entstanden – eine Parallelwirtschaft, die von den Sozialreformen des vergangenen Jahrzehnts geprägt ist. Diese Hartz-IV-Ökonomie ist eine Lückenfüllerin. Sie springt dort ein, wo Menschen keinen oder keinen ausreichenden Zugang zu Güter-, Dienstleistungs- und Arbeitsmärkten haben. Zu ihr zählen:

- Tafeln
- Sozialkaufhäuser
- Suppenküchen
- Sozialtickets
- Kultur- und Sozialpässe
- Tauschringe
- Pfandflaschensammeln
- Umsonstläden
- Arbeitsgelegenheiten
- Bürgerarbeit
- Medizinische Gratis-Behandlung
- Rechtsambulanzen

Die Hartz-IV-Ökonomie ist zu einem Hilfssystem für Millionen geworden. Sie dient der Armutslinderung, eine nachhaltige Bekämpfung von Armut gelingt ihr nicht.

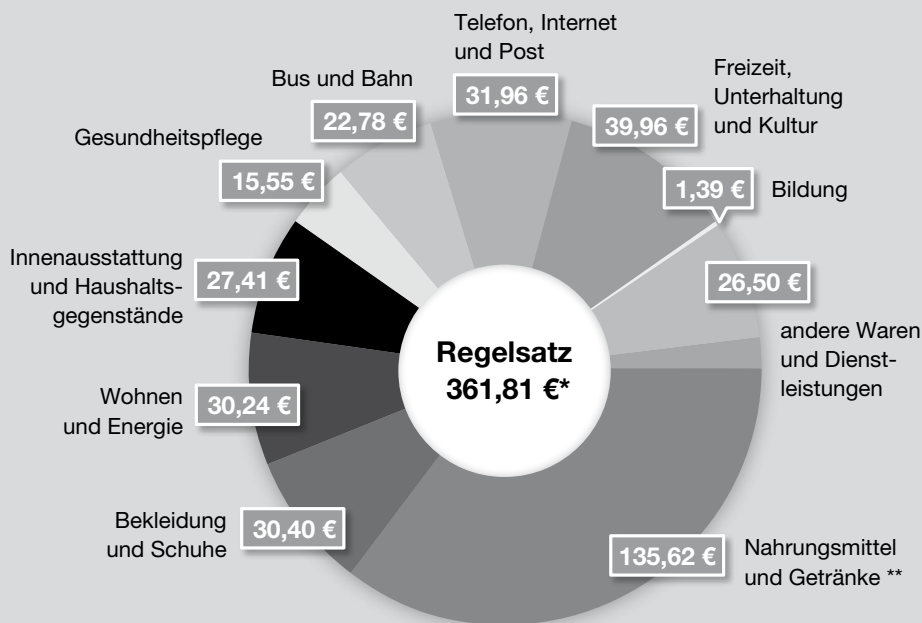
Leben mit Hartz IV

Hartz IV verhindert Armut nicht. Nahezu alle, die von Grundversicherung leben, müssen gemessen an den üblichen relativen Einkommensgrenzen als armutsgefährdet gelten. Das staatliche Existenzminimum fixiert somit Armut, statt sie zu überwinden. Ein Kernproblem besteht darin, dass die Grundversicherung ihren Zweck verfehlt, auch nur die Mindestbedarfe eines menschenwürdigen Lebens abzudecken. Seit der Einführung des SGB II im Jahr 2005 kritisieren Kirchen und Sozialverbände die intransparente Berechnung des Regelsatzes und seine bedarfsferne Höhe. Das Bundesverfassungsgericht bestätigte in seinem Urteil vom 9. Februar 2010 die Kritik an der Berechnungsweise in aller Deutlichkeit und Schärfe.

Nach Meinung der meisten Sachverständigen sind auch die daraufhin von der Bundesregierung 2010 neu berechneten und ab 2011 geltenden Regelsätze verfassungswidrig. Der neue Monatssatz für einen Alleinstehenden von 364 Euro im Jahr 2011 (ab Januar 2012 374,00 Euro) bleibt immer noch weit hinter dem zurück, was Sozialverbände als äußerste Untergrenze berechnet haben. So ermittelte ein von zehn Diakonie-Landesverbänden in Auftrag gegebenes Gutachten einen Betrag von mindestens 433 Euro.

Einzelbestandteile der Hartz-IV-Sätze – etwa 22,78 Euro monatlich für Mobilität, 1,39 Euro monatlich für Bildung oder

So setzt sich der Hartz-IV-Regelsatz 2011 für einen alleinstehenden Erwachsenen zusammen



* nach Anpassung an die Preisentwicklung: 364 €

** inkl. 7,16 € als Ausgleich für nicht regelsatzrelevante Auswärtsverpflegung

Quelle: Bundesarbeitsministerium 2010 | © Hans-Böckler-Stiftung 2010





Gebrauchtwarenhaus Gießen

Literaturhinweise

Hartz-IV-Ökonomie. Wie sich eine Parallelwelt verfestigt. Stellungnahme des Kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt, Arbeitsgemeinschaft in der EKD, 2011

Sozialpolitischer Buß- und Bettag: Für manche das Beste, für andere nur Reste. Materialien für Gottesdienst und Gemeinde, 2011. Hrsg. KDA, Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt, Arbeitsgemeinschaft in der EKD, Online verfügbar: www.kda-ekd.de

Regelleistungsbemessung auf der Basis des „Hartz-IV-Urteils“ des Bundesverfassungsgerichts und nach den normativen Vorgaben im Positionspapier der Diakonie, Projektbericht Irene Becker, DWEKD, Okt. 2010, Online verfügbar: www.diakonie-rwl.de/hartz4

Urteil des Bundesverfassungsgerichts 1 BvL 1/09 vom 9. Februar 2010. Online verfügbar: www.bverfg.de/entscheidungen/ls20100209_1bvl000109.html

Arbeit ohne Sinn, Fortschritt und Erfolg? asi.AQUA Bericht Ausgabe 4, 2011, Hrsg. Arbeitsgemeinschaft Arbeit und Soziale Integration im Diakonischen Werk in Kurhessen-Waldeck und Arbeitsgemeinschaft Qualifizierung und Arbeit im Diakonischen Werk in Hessen und Nassau.

2,55 Euro für die tägliche Ernährung eines Kindes (Stand 2011) – lassen auch Nichtstatistiker erkennen, wie begrenzt das Budget der Betroffenen und ihre Chancen auf Beteiligung am gesellschaftlichen Leben wirklich sind.

Um auf solche Mangelsituationen aufmerksam zu machen und eine gerechte Teilhabe von Erwerbslosen einzufordern, engagiert sich das Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung im Mainzer Netzwerk „Erwerbslosigkeit ein Gesicht geben“. Es informierte beispielsweise die Mainzer Bevölkerung im Oktober 2011 über Hartz-IV-Regelsätze und Ernährung (siehe Seite 32).

Für manche das Beste – für andere nur Reste?

Die Entwicklung der Hartz-IV-Ökonomie ist ambivalent. Einerseits verdienen Verbände, Kirchengemeinden, Initiativen, Firmen und Einzelpersonen, die sich engagiert des gesellschaftlichen Problems der wachsenden Armut annehmen, hohen Respekt. Ihr Einsatz ist Ausdruck eines lebendigen und funktionierenden Gemeinwesens. Die direkte Hinwendung zum Nächsten ist ein urchristliches Motiv und ein hohes Gut, auf das die Gesellschaft nicht verzichten kann.

Doch eine Gesellschaft, in der der private Reichtum stetig wächst, kann sich nicht damit zufrieden geben, dass eine breite Bevölkerungsgruppe dauerhaft auf Almosen angewiesen bleibt. Die zahllosen Angebote zur Existenzunterstützung

sind deshalb eine gesellschaftliche Problemanzeige. Die Wurzel des Problems können sie nicht beseitigen. Es besteht vielmehr die Gefahr, dass sich in der Hilfe selbst Ausgrenzung manifestiert. Die gute Tat kann sich in ihr Gegenteil verkehren, wenn sie Hilfsbedürftige kränkt und stigmatisiert.

Christlich wie säkular spielt hier die „Theologie der Gabe“ eine Rolle. Die „milde Gabe“ ist zurückgekehrt als Ersatz für Gerechtigkeit und Freiheit, die alle realisieren könnten. Die Wohltätigkeit verausgabt sich im Geben und tut damit auch dem Geber gut, versetzt den Beschenkten jedoch auch in dauernde Beschämung.

Das Engagement steht deshalb immer wieder aufs Neue vor der schwierigen Herausforderung, Statusgrenzen zwischen Helfenden und Hilfebedürftigen zu überwinden und die Augenhöhe mit den Betroffenen zu wahren.

Um dieses Bewusstsein in die kirchliche Arbeit zu integrieren, plant das Zentrum im Januar 2012 gemeinsam mit dem Diakonischen Werk in Hessen und Nassau eine kritische Reflexion der Tafelarbeit.

Die Option für die Armen muss auch politisch sein

Die Lösung liegt nicht darin, den Einsatz für die Armen aufzugeben, sondern darin, seine Formen zu überprüfen und ihn mit politischem Engagement zu verbinden. Denn die Hartz-IV-Ökonomie kann sich nicht selbst überwinden. Wollen die

Akteure der Hartz-IV-Ökonomie Armut nachhaltig bekämpfen, müssen sie eine Rückbesinnung auf das Sozialstaatsgebot einfordern.

Das Grundgesetz erteilt dem Staat den Auftrag, ein tragfähiges soziales Netz für alle aufzuspannen – ein Auftrag, den er nicht an die Zivilgesellschaft delegieren kann. In der Vergangenheit sind jedoch für viele Nöte nur Notlösungen geschaffen und wirksame Ansprüche auf Teilhabe abgeschafft worden. Diese Entwicklung gilt es zu stoppen und umzukehren: Zum einen muss der Teilhabeanspruch Hilfebedürftiger rechtlich umfassend neu gesichert, zum anderen muss Erwerbsarbeit als Schlüssel zu eigener Daseinsvorsorge gestärkt werden.

Teilhabeansprüche Hilfsbedürftiger sind zu sichern durch:

- die Neubestimmung bedarfsgerechter und verfassungskonformer Regelsätze für Erwachsene und Kinder,
- die Wiedereinführung einmaliger Leistungen für besondere Bedarfe und besonders prekäre Lebenssituationen,
- die Abschaffung von Sanktionen, die zur Unterschreitung eines menschenwürdigen Existenzminimums führen,
- die Wiedereinführung der Beiträge zur Rentenversicherung für Arbeitslosengeld-II-Beziehende, um drohender Altersarmut entgegenzusteuern,
- die Einführung eines Rechtsanspruchs auf Qualifizierung und Beratung,
- eine Zielvereinbarungspraxis auf Augenhöhe, die den Hilfebeziehenden nicht nur Pflichten, sondern auch Entscheidungsfreiheiten gibt,
- eine Neuausrichtung und bessere Ausstattung geförderter Beschäftigung hin zu freiwilligen, arbeitsvertraglich geregelten, sozialversicherungspflichtigen und Existenz sichernde Tätigkeiten.

Arbeit als Schlüssel zu eigener Daseinsvorsorge ist zu stärken durch:

- die Absicherung von Löhnen und Gehältern mit einem gesetzlichen Mindestlohn,
- die Umsetzung gleicher Löhne und Arbeitsbedingungen für Zeitarbeitende,
- die Anwendung der Sozialversicherungspflicht auf alle Beschäftigungsverhältnisse,
- die Berücksichtigung von Mindeststandards bei der Arbeitsvermittlung wie etwa Existenz sichernde Löhne, Sozialversicherungspflicht oder die Vereinbarkeit von Familie und Beruf,
- die Weiterentwicklung von Arbeitskonzepten, die eine Beteiligung möglichst vieler erwerbsfähiger Menschen am Arbeitsmarkt fördern.

Instrumentenreform verschärft die Situation

Die gegenwärtige Politik lässt für die nächsten Jahre keine Besserung erwarten. Im Gegenteil, die Situation wird schwieriger werden! Gerade was den geforderten Rechtsanspruch auf Qualifizierung und Beratung und die bessere Ausstattung der öffentlich geförderten Beschäftigung betrifft, geschieht das Gegenteil: statt auf- wird abgebaut.

Trotz vielseitiger Kritik der Wohlfahrtsverbände und der Kirchen wurde die Instrumentenreform des SGB II und SGB III im Bundestag mit kleinsten Nachbesserungen verabschiedet und tritt ab 1. April 2012 in Kraft. Angebote für Menschen, die es besonders schwer auf dem Arbeitsmarkt haben, werden weiter abgebaut. Insgesamt soll die Bundesagentur für Arbeit in den Jahren 2012 bis 2014 durch die verabschiedete Instrumentenreform 8,5 Milliarden Euro einsparen und das, nachdem in den letzten Jahren das Geld für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen im SGB II bereits deutlich gekürzt wurde.

Die Einsparvorgaben und verschärften Rahmenbedingungen wie Gemeinnützigkeit, Zusätzlichkeit und Wettbewerbsneutralität machen es kirchlichen Qualifizierungseinrichtungen schwer, ihre Angebote aufrecht zu erhalten bzw. sie sinnvoll zu gestalten. „Als gesellschaftlich einflussreiche Vertretung für die Interessen der Armen, die von der gesellschaftlichen Teilhabe und allzu oft auch von den Möglichkeiten, Glück zu erleben, ausgeschlossen sind, sehen wir nur noch unsere Kirchen. Wir hoffen und beten, dass die ideelle und materielle Unterstützung, die wir jetzt für unsere Arbeit brauchen, sie nicht überfordert“, so ein Vertreter der Projekte.

Das Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung unterstützt die kirchlichen Qualifizierungs- und Beschäftigungsprojekte weiterhin in ihren Forderungen nach echter Qualifizierung und nach besseren Bedingungen für öffentlich geförderte Beschäftigung.

Marion Schick





Christlicher Glaube und Fragen der Nutztierhaltung

Reflexartige Schuldzuweisungen unsinnig

Anfang des Jahres 2011 wurden die Schlagzeilen vom „Dioxinskandal“ in der Futtermittelbranche und Landwirtschaft beherrscht. Verunsicherte und zu Recht verärgerte Verbraucher reduzierten schlagartig ihren Eier- und Fleischkonsum. Die Erzeugerpreise brachen daraufhin rapide ein und führten zur unverschuldeten Existenzgefährdung einzelner Geflügel- und Schweinehalter.

Wohl einstudierte öffentliche Rituale folgten: ein unzulängliches staatliches Krisenmanagement samt beschwichtigenden Vertröstungen und Lippenbekenntnissen für eine zukünftig verbesserte Futter- und Lebensmittelkontrolle. Der bäuerliche Berufsstand übte sich in Wagenburgmentalität und erhob sofort den lauten Ruf nach weiteren staatlichen Hilfen. Die Landwirtschaft wurde aufgrund ihrer Tierhaltungspraktiken an den öffentlichen Pranger gestellt. Kurzzeitig waren viele Verbraucher stark berührt vom Tierleid in der „Massentierhaltung“ – anschließend wurde zur Tagesordnung übergegangen und Billigschnitzel verzehrt. Die Medien

dramatisierten geflissentlich und trieben danach schnell eine neue Sau durchs Dorf. Gut inszenierte gegenseitige Schuldzuweisungen auf allen Seiten.

Bei dieser Art der emotionalisierten Diskussion gehen Chancen für differenzierte Lernprozesse oft unter. Im Kern geht es jedoch um den sehr tiefgehenden gesellschaftlichen Konflikt eines angemessenen Umgangs mit Nutztieren.

Gesamtgesellschaftliche Aufgabe Tierschutz

Während der letzten Jahrzehnte gab es ganz wesentliche Verbesserungen einzelner Tierhaltungssysteme – zum Beispiel bei der Milchkuhhaltung. Diese Fortschritte werden oft zu wenig in der Gesellschaft wahrgenommen und honoriert. Andererseits sind noch erhebliche Defizite vorhanden – zum Beispiel in der Hähnchenmast.

Die Zwiespältigkeit des Gesamtsystems zeigt sich auch daran, dass Tierschutz zwar 2002 in Deutschland als Staats-

ziel in die Verfassung aufgenommen wurde. Dies bewirkte jedoch bloß Teilerfolge wie die völlige Abschaffung der Käfighaltung von Legehennen seit 2010. Andererseits sind durch Gesetzesänderungen Rückschritte zu verzeichnen, da der Bau von agrarindustriellen Großstallanlagen erleichtert wurde. Es wäre jedoch auch ein Trugschluss, von der Tierbestandsgröße automatisch auf die Tiergerechtigkeit der Haltungssysteme zu schließen. Fachfremde Beurteilungen berücksichtigen oft nicht die hohe Komplexität der Tiernutzung oder nehmen den Blickwinkel ein, Menschen in den Mittelpunkt zu stellen.

Viele Landwirte sind sehr stark belastet durch Arbeitsdruck und Finanznöte und verstoßen deshalb zum Teil gegen ihre eigene bäuerliche Tierhaltungsethik. Diesen Konflikt gilt es anzuerkennen. Andererseits stehen hinter der Darstellung als „alternativlose Tierproduktionsverfahren“ häufig Lobbyinteressen von Agrarindustriellen.

Die Art der Tierhaltung ist eine Frage der Kultur, des Wirtschaftssystems und der agrarpolitischen Rahmenbedingungen. Erzeugung, Verarbeitung, Handel und Verbrauch tragen eine Teilverantwortung. Die öffentliche Förderung extensiverer Haltungsformen, Mindeststandards für Fleischimporte oder eine Kennzeichnungspflicht bei Fleisch über Ursprungsland und Haltungsart könnten sinnvolle Maßnahmen sein.

Verdrängungs- und Abspaltungsprozesse

Fleischgenuss ist für viele Menschen ein Teil ihrer Lebensqualität. Der deutsche Fleischverzehr liegt jedoch mit ca. 60 kg pro Kopf und Jahr zwei- bis dreimal über der gesundheitsverträglichen Menge. Hinzu kommen im Fleischpreis nicht mit inbegriffene Kosten in Form von Umweltschäden und Lohndumping.

In der Weise, wie Menschen in einer naturentfremdeten Gesellschaft mit Tieren umgehen, machen sie gleichzeitig eine Aussage über sich selbst. Viele Menschen empfinden zwar Unbehagen und latente Schuldgefühle beim Kauf von Billigfleisch. Der kurzfristige Genuss- und Sparwunsch überwiegt jedoch. Dafür wird der Zusammenhang zwischen totem Fleisch und lebendigem Tier völlig ausgeblendet.

Tiere in der Bibel

Grundlegend für die jüdisch-christliche Weltauffassung ist die Betrachtung der Tiere als mit dem Menschen verbundene Mitgeschöpfe. Mensch und Tier beziehen sich auf Gott als den Ursprung allen Lebens. Die Tiere werden laut Schöpfungsbericht von Gott geschaffen und gesegnet während die Pflanzen lediglich von der Erde hervorgebracht werden. Im Paradies liegen Lamm und Wolf noch friedlich beieinander. Die Arche Noah rettete von jeder Tierart ein Paar. Tiere besitzen Lebensrecht und Eigenwert. Nutztiere haben einen Anspruch auf Sabbatruhe. Die biblische Vision einer zukünftigen neuen Welt des Schöpfungsfriedens bezieht alle Menschen gemeinsam mit den Tieren ein.

Die jahrtausendelange Nutzung von Tieren wird durch die Bibel jedoch nicht grundsätzlich in Frage gestellt. Entscheidend ist, dass sie möglichst tiergerecht gehalten und stressarm geschlachtet werden. Massenhafte Tierhaltung und Alltäglichkeit des Fleischkonsums stehen dagegen immer in der Gefahr, die Leidensfähigkeit der Tiere zu missachten. Die evangelische Kirche empfiehlt deshalb einen bewussten und maßvollen Verzehr von Fleisch – die Rückkehr zum Sonntagsbraten! Sie ist sich dabei ihres eigenen unzulänglichen Handelns als Wirtschaftsakteur bewusst.

Kirche bleibt – bei allem notwendigen nüchternen Realismus – nicht dabei stehen, die derzeitigen Verhältnisse als unabwendbar gegeben hinzunehmen. Es besteht deshalb Zukunftshoffnung auch für die fernen Verwandten Kuh, Schwein und Huhn.

Die Art der Nutztierhaltung führt häufig zu konflikthafter Diskussionen, die bearbeitet werden können. Um einen respektvollen Dialog mit Landwirten zu ermöglichen, führte das Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung 2011 sowohl mit dem Dekanat Darmstadt-Land als auch mit dem Dekanat Gladenbach Betriebsbesuche auf Milchviehbetrieben durch. Das Zentrum beteiligte sich außerdem zum Beispiel an einer Radiosendung zum Themenkomplex Tier als Mitgeschöpf.

Dr. Maren Heincke



„Der deutsche Fleischverzehr liegt jedoch mit ca. 60 kg pro Kopf und Jahr zwei- bis dreimal über der gesundheitsverträglichen Menge.“



Feldbegehungen schaffen bei Besucherinnen und Besuchern von Bodenaktionstagen ein Verständnis für den Wert der Wetterauer Böden. Die Bodenaktionstage werden vom Ev. Dekanat Wetterau in Kooperation mit dem Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung organisiert.

Kein Klärschlamm auf Kirchenland!

Fruchtbare Böden sind die Schätze der Zukunft

Es gibt seit 2003 ein Verbot der Ev. Kirche in Hessen und Nassau, Klärschlamm auf Kirchenland auszubringen. Regelmäßig gibt es politische Vorstöße, dieses Verbot auszuhebeln. Das Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung berät die Kirchenleitung in dieser Frage. Die EKHN wird an diesem Beschluss festhalten, um damit einen Wertverlust ihrer Flächen zu vermeiden und alle Möglichkeiten offen zu halten, dass auch zukünftig gesunde Lebens- und Futtermittel auf ihrem Kirchenland produziert werden können.

Beim Klärschlamm besteht ein Konflikt zwischen den Zielen des Nährstoffrecyclings entsprechend des Kreislaufwirtschaftsgrundsatzes und den Zielen des vorsorgenden Bodenschutzes. Denn Klärschlamm enthält einerseits wertvolle Pflanzennährstoffe wie Phosphat sowie organische Substanz und kann deshalb als Dünger in der Landwirtschaft eingesetzt werden. Andererseits besteht die Gefahr einer langfristigen Schadstoffanreicherung in den Böden.

In Kläranlagen stammen die Abwässer aus privaten Haushalten und diversen Gewerbesektoren. Im Klärschlamm liegen die während der Abwasserreinigung herausgefilterten Schadstoffe in konzentrierter Form vor. Zwar wurden während der letzten Jahre die Gehalte von Schwermetallen und anderen Schadstoffen in den Klärschlämmen stark dezimiert. Demgegenüber werden heute andere Stoffe mit human- und ökotoxikologischen Risiken in Verbindung gebracht. Das sind zum Beispiel Tier- und Humanarzneimittel, Hormone oder diverse organische Schadstoffe. Mehrere dieser Stoffgruppen

gelten als krebserregend oder bewirken Schädigungen der Fortpflanzungsfähigkeit von Mensch und Tier.

Dieser unklare Schadstoffmix sollte deshalb gezielt von der Umwelt ferngehalten werden. Stattdessen werden mittels Klärschlammasubstrat auf Landwirtschaftsflächen diese Stoffe im Umweltkreislauf belassen und sogar diffus in verschiedenen Ökosystemen verteilt.

Eine umfassende wissenschaftliche Risikobewertung der sehr heterogenen Klärschlämme ist aufgrund von großen Forschungs- und Wissenslücken nach wie vor nicht möglich. Regelmäßig finden zudem starke gesetzliche Verschärfungen der Schadstoffgrenzwerte sowie Erweiterungen der Untersuchungsparameter statt. (Teil-)Verbote für Klärschlamm bestehen im Gemüse- und Obstbau, Dauergrünland und Ökolandbau. Im Vertragsanbau schließen außerdem viele Lebensmittelunternehmen den Klärschlammeinsatz aus.

Um das Ziel des Nährstoffrecyclings aus Klärschlamm zu erreichen, sollte die Rückgewinnung von schadstofffreiem Phosphat in Klär- oder Verbrennungsanlagen stark voran getrieben werden. Denn weltweit sind die Phosphatreserven stark begrenzt und Phosphat ist ein essentieller Pflanzennährstoff. Etwa die Hälfte der rund zwei Millionen Tonnen Klärschlamm-Trockenmasse, die jedes Jahr in Deutschland anfallen, wird verbrannt. Technische Rückgewinnungsmöglichkeiten bestehen bereits, sind jedoch wirtschaftlich betrachtet noch nicht konkurrenzfähig zum Phosphatdünger-Import. Das wird sich in Zukunft ändern. Phosphatrecycling und Schutz des Kirchenlandes vor unkalkulierbaren Risiken schließen sich nicht aus!

Dr. Maren Heincke

Die Landwirtschaft ist ein Schlüsselsektor im 21. Jahrhundert

Grundlegende Reform der EU-Agrarpolitik nötig!

Da die Landwirtschaft zu einer der Schlüsselsektoren im 21. Jahrhundert gehört, beteiligen sich evangelische Organisationen an der politischen Willensbildung zur Neuausrichtung der gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU. Auch die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau hat ein großes Interesse daran. Sie ist eine Flächenkirche mit großen ländlich strukturierten Regionen, die durch die Reformen in der EU-Agrarpolitik beeinflusst werden.

Agrarpolitik ist keine reine Sektorpolitik, sondern sie besitzt eine hohe Bedeutung für die Umwelt-, Verbraucherschutz-, Tierschutz-, Entwicklungs- und Raumordnungspolitik. Agrarpolitik ist deshalb von großer gesamtgesellschaftlicher Relevanz – national wie international.

Ab Januar 2014 beginnt eine neue siebenjährige Förderperiode der gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU. Die Agrarpolitik ist das einzige Politikfeld, das für alle 27 EU-Mitgliedsstaaten völlig vergemeinschaftet wurde. Der GAP-Jahresetat beträgt 55 Milliarden Euro. Der Anteil am EU-Gesamthaushalt liegt derzeit bei 39 Prozent. Das Spektrum der Betriebsstrukturen innerhalb der EU reicht von sehr vielen Kleinstbetrieben in Osteuropa bis zu wenigen agrarindustriellen Großbetrieben in Großbritannien. Dementsprechend ist auch die gesellschaftliche Bedeutung der Primärproduktion in den EU-Staaten sehr unterschiedlich, was bei der Ausgestaltung der neuen EU-Agrarpolitik zentral berücksichtigt werden muss.

Die EU spielt sowohl als Exporteur als auch als Importeur von Agrarrohstoffen auf den internationalen Agrarmärkten eine sehr wichtige Rolle (Nettoeinfuhr 2010: 46 Milliarden US-Dollar). Sie trägt damit eine erhebliche globale Verantwortung für die von ihr ausgehenden Markt- und Handelsimpulse.

In diesem Jahr beschloss die EU, das so genannte Zwei-Säulenmodell nach 2013 beizubehalten. Die erste Säule dient der direkten Einkommensübertragung an Landwirte, die zweite Säule der ländlichen Entwicklung. Neuerungen sollen zusätzliche ökologische Auflagen und Klimaschutzmaßnahmen sein. Außerdem werden spezielle soziale Kriterien zukünftig stärker berücksichtigt. Dafür werden beispielsweise Regelungen für Kleinerzeuger sowie Stabilisierungsinstrumente gegen die hohen Schwankungen der Agrarpreise eingeführt.

Die politische Willensbildung der Kirche orientiert sich am Leitbild einer multifunktionalen, nachhaltigen Landwirtschaft. Kernforderungen sind, dass die EU sich für die Umsetzung des Menschenrechts auf Nahrung einsetzt, an der Weiterentwicklung entsprechender internationaler Regelwerke mitwirkt und die Ernährungssouveränität von Drittstaaten respektiert. In Europa sollte die Agrarpolitik noch stärker als bisher Ressourcen-, Klima- und Tierschutzmaßnahmen fördern. Die Eröffnung positiver sozioökonomischer Perspektiven für landwirtschaftliche Betriebe benötigt verlässliche Rahmenbedingungen und die faire Honorierung gesellschaftlich erwünschter Gemeinwohleleistungen. Impulse für integrierte ländliche Entwicklungsprozesse sollten verstärkt und Verbraucherschutzbelange höher bewertet werden.

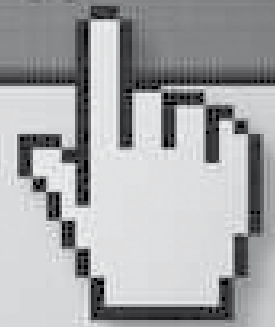
Das Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung beteiligte sich an der agrarpolitischen Diskussionen z. B. bei einer Fachanhörung zur Milchpolitik im EU-Parlament in Straßburg, in den Begleitausschüssen „Ländlicher Raum“ in Hessen und Rheinland-Pfalz, bei einer Agrartagung der Domäne Oberfeld bei Darmstadt und durch aktive Mitwirkung an einer EKD-Stellungnahme zur GAP-Reform.

Dr. Maren Heincke



„In Europa sollte die Agrarpolitik noch stärker als bisher Ressourcen-, Klima- und Tierschutzmaßnahmen fördern.“

Als Freund hinzufügen



Wer Jugendliche erreichen will, muss die Medien nutzen

Medienpädagogische Angebote in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen

Die mediale Durchdringung unserer Gesellschaft hat ein so hohes Maß erreicht, dass tägliche Meldungen über Datenschutz, Netzneutralität, Facebook & Co. selbstverständlich geworden sind.

Mit dem Einzug digitaler Technologie in unser Alltagsleben haben wir auf der einen Seite Werkzeuge erhalten, die uns vor allem kommunikative Arbeit erleichtern, die uns andererseits aber auch Zeit und Energie kosten, wenn wir mit ihnen verantwortlich und sicher umgehen möchten. Wir haben es heute mit digitalen Medien zu tun, die im Zusammenhang ihrer Nutzung viele Fragen aufwerfen.

Häufig tauchen Unsicherheiten vor allem im Umgang von Kindern und Jugendlichen mit diesen Medien auf. Neu ist dabei, dass sich die Unsicherheiten nicht nur bei den jungen Menschen, sondern auch in der Elterngeneration bemerkbar machen. Eltern waren bisher immer die Vermittlungsinstanz für Medien, mit denen sie vertraut waren. Scheinbar intuitiv konnten sie ihren Kindern den Umgang vermitteln. Nun

haben wir es heute mit wachsender Geschwindigkeit mit Medien zu tun, die wir teilweise selber nicht nutzen und nicht einmal kennen. Technisch ist die heranwachsende Generation in der Regel der älteren Generation weit voraus. Intuitiv werden neue Technologien schnell angeeignet und in das alltägliche Leben integriert. Daher hat es auch die Institution Schule als Vermittlungsinstanz schwer, den jungen Leuten die digitale Medienwelt näher zu bringen. Was sich daraus ergibt sind weitgehend durch die eigene Nutzung angeeignete Medien – mit allen Konsequenzen.

Wer aber begleitet nun die Kinder und Jugendlichen beim Umgang mit den digitalen Medien? Diese gesellschaftspolitische Frage wird immer wieder von den unterschiedlichsten Akteuren thematisiert. Mal sind die Eltern gefordert, mal die Schule, dann wieder die Jugendarbeit oder die Kindertagesstätten. Unumstritten ist, dass Kinder und Jugendliche nicht alleine gelassen werden dürfen. Daher gibt es ein sich immer weiter ausdifferenzierendes System von Bestimmungen, die

sich dem Kinder- und Jugendmedienschutz widmen. Altersklassifizierungssysteme, wie wir es schon von Filmen oder Computerspielen kennen, werden zukünftig auch im Internet eine wichtigere Rolle spielen – zumindest bei Anbietern von Informationen, Waren und Dienstleistungen aus Deutschland.

Neben dem Schutzgedanken, den auch die Kirchen mittragen, bleibt die Frage nach den Vermittlungsinstanzen bestehen. Als Evangelische Kirche drückt sich unsere gesellschaftspolitische Verantwortung auch darin aus, dass wir uns dieses Themas annehmen.

Erziehung hin zu einer eigenständigen und gesellschaftsfähigen Persönlichkeit ohne Ausblendung der Religion wird als kirchlicher Auftrag nicht nur in evangelischen Kindergärten gelebt, sondern findet auch in der medienpädagogischen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen ihren Platz. Dabei steht nicht die Vermittlung von technischen Kompetenzen im Vordergrund, sondern die Jugendlichen mit ihren Themen und Fragen. Christliche Werte wie Offenheit und Toleranz, Kritik- und Konfliktfähigkeit und der respektvolle Umgang mit anderen sind wichtige Elemente. Evangelische medienpädagogische Projekte sollen soziale,

ethische und kommunikative Kompetenzen fördern und Orientierung in einer mediatisierten Welt geben.

Die EKHN hat sich dieses Themas schon lange angenommen. Bereits im Frühjahr 2000 hat die Synode die Kirchenleitung gebeten ein Konzept für die medienpädagogische Arbeit in der Kinder- und Jugendarbeit ausarbeiten zu lassen.

Es wurde federführend vom Fachbereich Kinder- und Jugendarbeit der EKHN entwickelt und im Juli 2003 vorgelegt. Auch wenn das Konzept 2003 aus Kostengründen nicht umgesetzt werden konnte, entwickelten sich in der evangelischen Kinder- und Jugendarbeit vielfältige medienpädagogische Angebote.

Ausgehend von der geänderten Mediennutzung stellten wir uns daher die Frage, was sich im Bereich der medienpädagogischen Arbeit heute für ein Bild ergibt. Wie hat sich die medienpädagogische Arbeit im Bereich der EKHN verändert? Sind neue Herausforderungen durch die Digitalisierung der Welt gewachsen? Welche Bedarfe haben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen im Bereich der medienpädagogischen Arbeit heute?

Der Stand der Dinge

Wie entwickeln sich medienpädagogische Angebote im Bereich der EKHN? Wo wäre Unterstützung von landeskirchlicher Seite aus gewünscht? Diesen Fragen geht ein im Juli 2011 begonnenes Projekt nach. Die Projektgruppe setzt an dem Gedanken der Evaluation vorhandener Angebote an, ohne dies jedoch alleine auf den Bereich der Evangelischen Kinder- und Jugendarbeit zu begrenzen. Denn eines hat sich seit 2003 auch geändert. Eine neue Struktur der Kommunikation und Zusammenarbeit macht die Kooperation verschiedener Träger in Projekten einfacher. So ist absehbar, dass viele Projekte, nicht nur aus finanziellen Gründen, nur in Kooperation mit Partnern außerhalb der Kirche verwirklicht werden können.

Haben Sie beispielsweise gehört, das die Konfirmandengruppe der Evangelischen Versöhnungsgemeinde in Oberursel den ersten Platz im hessenweiten Wettbewerb „Du bist Radio“ vom Radio FFH gewonnen hat? Dies war nur möglich, indem externes Fachwissen und Equipment des Instituts für Medien und Kommunikation (www.muk-hessen.de) in Dreieich genutzt wurde.

Daher ist in das Projekt, das gemeinsam mit dem Fachbereich Kinder- und Jugendarbeit im Zentrum Bildung der EKHN entwickelt wurde, auch die Betrachtung der Kooperationsformen einbezogen.

Das Jugendmedienbildungsprojekt, so der offizielle Titel, will so einen Überblick über medienpädagogische Angebote im Kinder und Jugendbereich kirchlicher und außerkirchlicher Einrichtungen gewinnen und daraus sinnvolle Unterstützungsangebote aus den beiden Arbeitszentren ermitteln.

Das Projekt, das Mitte 2012 endet, wird ein aktuelles Licht auf die medienpädagogische Arbeit im Gebiet der EKHN werfen. Auf die Ergebnisse, die unter anderem auch auf dem Jugendkirchentag in Michelbach präsentiert werden, sind wir alle gespannt.

Michael Grunewald / Johanna Kaus



„Evangelische medienpädagogische Projekte sollen soziale, ethische und kommunikative Kompetenzen fördern und Orientierung in einer mediatisierten Welt geben.“



Ein Wald ist mehr als die Summe seiner Bäume

„Dekanatswald“ im Evangelischen Dekanat Runkel

Am Anfang stand eine faszinierende Idee: Wir pflanzen einen Dekanatswald. Er soll unser Beitrag zu einer nachhaltigen ökologischen Entwicklung sein, sowie als Identifikationsort für Kirchengemeinden und als Begegnungsstätte unter freiem Himmel dienen. Umweltpädagogische Angebote für Kinder, Jugendliche und Erwachsene, aber auch Gottesdienste wie Waldweihnacht, Himmelfahrt oder Erntedank könnten dort stattfinden.

Der Dekanatssynodalvorstand (DSV) erteilte einer Gruppe von engagierten Haupt- und Ehrenamtlichen unter Federführung des Pfarrers für Gesellschaftliche Verantwortung den Auftrag, die Umsetzbarkeit zu prüfen.

Gespräche mit Revierförstern halfen, die Anforderungen für den anzulegenden Mischwald zu konkretisieren. Eine an einen bestehenden Wald angrenzende, landwirtschaftlich nicht genutzte Fläche von mindestens 10.000 m², idealerweise mit der Option einer späteren Erweiterung schien dafür erforderlich. Das Grundstück sollte möglichst zentral innerhalb des Dekanatsgebietes gelegen und über Feldwege angebunden sein sowie Parkmöglichkeiten und sanitäre Anlagen in der Nähe aufweisen.

Da die Gemeinden im Dekanat Runkel über keinen eigenen Waldbesitz verfügen, konzentrierte sich die Sondierung auf private oder kommunale Flurstücke und Ausgleichsflächen für Versiegelungen und auf Waldbruchflächen. Das öffentliche Interesse war groß, ebenso wie die Unterstützungsbereitschaft der Bürgermeister, Gemeindevertretungen und Forstämter.

Im Laufe der zahlreichen Begehungen und Gespräche an verschiedenen Orten im Dekanat wurde allerdings deutlich, dass vor der Grundstückswahl zunächst entscheidende konzeptionelle Überlegungen geklärt sein müssen. Insbesondere die Frage, ob der Wald als „Hain“ mit wenigen Bäumen und großzügigen Pflanzbeständen oder als „Forst“ mit vielen Bäumen auf begrenzter Fläche angelegt werden soll?

Und eine dritte Möglichkeit tat sich auf: die Auflichtung eines bereits bestehenden Waldstückes. Als ökologisches Zeichen wäre eine Neuanpflanzung zu favorisieren, jedoch stellt sich der Effekt des sofortigen „Walderlebens“ erst viele Jahre später ein, wenn die Bäume zu einem Wald als wahrnehmbaren Lebensraum herangewachsen sind.

Ein weiterer Aspekt war die Frage der Grundfinanzierung in Form von Patenschaften, der Pflege und Weiterbetreuung des Waldes auch in den nächsten Jahrzehnten. Das momentan vorhandene hohe Engagement der Initiatoren kann nicht von zukünftigen Generationen erwartet werden. Vielmehr kommt es darauf an, personenunabhängige, tragfähige Organisationsstrukturen zu entwickeln und nach möglichen Unterstützungssystemen Ausschau zu halten. Unbefristete Patenschaften lassen eine kostendeckende Kalkulation kaum zu. Befristete Patenschaften ermöglichen planbare Einnahmen und attraktive Preisstaffelungen.

Eine philosophische Diskussion entstand. Wäre ein Hain nicht im Grunde nur eine künstliche und parkähnliche Anlage, in der wesentliche Merkmale eines Waldes wie Wildnis, Natürlichkeit, Freiraum und Unberührtheit fehlen? Ist es erforderlich, einen parkähnlichen Wald anzupflanzen und auch zu besitzen?

Nach intensiven Beratungen sprach sich die Initiativgruppe dafür aus, das Projekt Dekanatswald in Kooperation und unter der Verantwortung eines Forstamtsreviers durchzuführen. Dabei wird auf den Erwerb oder die Pacht eines eigenen Grundstücks bewusst verzichtet zugunsten eines starken Engagements in einem Aufforstungsprojekt. Das minimiert die finanziellen Risiken und die der langfristigen Motivation und umweltpädagogische Angebote und Pflanzaktionen sind in einem solchen Forstkonzept ebenso möglich wie Gottesdienste und dekanatsverbindende Aktionen.

*Pfarrer Thomas Eberl
Gesellschaftliche Verantwortung im Dekanat Runkel
www.ev-dekanat-runkel.de*

Zwei Auszeichnungen in einem Jahr

Das Patenschaftsmodell in Offenbach (PMO)

„Das Patenschaftsmodell in Offenbach ist etwas ganz Besonderes. Es hilft Jugendlichen sehr konkret und effektiv“, so Fanni Mülöt, Rektorin der Geschwister-Scholl-Schule bei der Verleihung des Integrationspreises der Stadt Offenbach im Juni 2011. Sie betonte, wie wichtig es für die Schüler ist, einen ganz persönlichen Wegbegleiter zu haben, der an sie glaubt. Die Pröpstin von Rhein-Main, Gabriele Scherle, betonte in ihrer Laudatio den Vorbildcharakter des Projektes, von dem sowohl die Jugendlichen wie auch die Paten profitieren.

Das PMO wurde 2004 von Anja Harzke, Pfarrerin für Gesellschaftliche Verantwortung im Ev. Dekanat Offenbach, und von Jörg Meyer vom Jugendamt der Stadt Offenbach auf Anregung des Zentrums Gesellschaftliche Verantwortung gegründet. Die einfache Idee: ehrenamtliche Patinnen und Paten sollen jugendlichen Hauptschülern bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz helfen. Denn in Gesprächen mit den Schulleitern der Offenbacher Hauptschulen stellte sich heraus, dass an manchen Schulen kein einziger Schulabgänger einen Ausbildungsplatz fand. Besonders die Probleme mit der deutschen Sprache waren häufig hinderlich.

Zu Beginn engagierten sich drei Paten. Mittlerweile begleiten 40 Patinnen und Paten jährlich ca. 40 Schüler und Schülerinnen in den achten und neunten Klassen an drei Hauptschulen. Im Jahr 2011 konnten 70,2 Prozent der PMO Absolventen eine Ausbildung beginnen oder schafften den

Schritt in eine weiterführende schulische Qualifizierung. Die Bürgerstiftung Offenbach und die Deutsche Bank verliehen neun Schülern, die einen Realschulabschluss anstreben, im Herbst 2011 dafür Stipendien. Neben einer monatlichen finanziellen Zuwendung erhielten die Jugendlichen auch einen Laptop.

Patinnen und Paten können eine Fall-Supervision, Fachvorträge oder eine Fortbildung in Interkultureller Kompetenz in Anspruch nehmen. Ein Patenstammtisch dient dem gemeinsamen Austausch. Jugendliche erhalten zwei Mal pro Woche kostenlos Nachhilfe. Auch Hockey- und Kletterworkshops sowie Theater-, Hip-Hop- und Percussionworkshops werden gerne angenommen.

Eine große Hilfe für das Patenschaftsprojekt ist das personelle und finanzielle Engagement von namhaften Wirtschaftsunternehmen. Darüber hinaus werden Mittel über Fundraising, aus Stiftungen und Spenden eingeworben.

Das langjährige Engagement für Schüler, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen, wurde auch vom Hessischen Sozialministerium honoriert. Im Dezember erhielt das Offenbacher Patenschaftsmodell die Landesauszeichnung „Soziales Bürgerengagement 2011“.

*Pfarrerin Anja Harzke
Gesellschaftliche Verantwortung im Dekanat Offenbach
www.ev-kirche-of.de
www.patenschaftsmodell-of.de*



Verleihung des Integrationspreises der Stadt Offenbach v.l.n.r.: Oberbürgermeister Schneider, Pröpstin Gabriele Scherle und die Preisträger Pfarrerin Anja Harzke und Jörg Meyer.



Die Alte Molkerei

Im ehemaligen Verwaltungsgebäude ist das „Haus der Kirche“ untergebracht. Im ehemaligen Verkaufsbauwerk befinden sich Seminarräume, ein Café der Neuen Arbeit und ein kleiner Hofladen, in dem Mitarbeitende der Neuen Arbeit Biokäse und Biowein verkaufen. Im ehemaligen Produktionsgebäude ist neben verschiedenen Werkstätten das Gebrauchtwarenkaufhaus angesiedelt.



Nah am Markt – nah an den Menschen

Neue Arbeit Vogelsberg organisiert Regionalmarkt in Alsfeld

Zehn Marktstände, einige davon als mobile Verkaufswagen, andere unter bunten Schirmen aufgebaut, stehen auf dem Hof der Alten Molkerei in Alsfeld.

Es gibt Obst und Gemüse, Käse und Wurst, Wein und Biobier, Blumen und Gestecke, handgefertigte Geschenke und Gebrauchsgegenstände aus Stoffen und Wolle, geräucherte Fische und Wildspezialitäten und alles aus der Region direkt von den Produzenten. Auch die Neue Arbeit bietet ihr Biogemüse aus eigenem Anbau an.

Menschen schlendern mit ihren Körben und Einkaufstaschen gemütlich über den Markt. Tische und Bänke laden zum Verweilen ein. Grillwürstchen und Flammkuchen stillen den Hunger.

Seit Juli 2011 findet jeden 1. Samstag im Monat im Sommerhalbjahr ein Regionalmarkt auf dem Hof der Alten Molkerei statt. Die Molkerei ist seit 1999 Betriebsstätte der Neuen Arbeit, einem kirchlich-diakonischen Qualifizierungsträger mit dem Auftrag, Jugendliche und junge Erwachsene auf ihrem Weg in die Berufstätigkeit zu unterstützen.

„Der Vogelsberger Regionalmarkt wird von verschiedenen Produzenten aus der Region getragen, wir sind nur einer von vielen“, so Dagmar Gottschalk, verantwortlich für Organisation und Marketing bei der Neuen Arbeit.

Das ist Bestandteil des Konzeptes. Die Neue Arbeit Vogelsberg versteht sich als Teil und nicht als Außenseiter des Gemeinwesens. Bürgerinnen und Bürger der Stadt Alsfeld und aus der Umgebung sollen kommen und dabei wahrnehmen, dass die Mitarbeitenden etwas Sinnvolles und Brauchbares leisten, auch wenn sie noch keinen Arbeitsplatz auf dem ersten Arbeitsmarkt gefunden haben. Sie sollen erleben, dass Berührungsgänge unbegründet sind.

Mit ihrem Marktstand geht die Neue Arbeit mitten unter die Menschen. Nicht sich ins Schneckenhaus verkriechen, sondern teilnehmen am gesellschaftlichen Leben ist die Devise. „Bisher liefen hier über den Hof nur unsere Mitarbeitenden und „eingeweihte“ Kunden, die unser Gebrauchtwarenkaufhaus oder das Café „Alte Molkerei“ besuchten. Aber an den Markttagen kommen jetzt Menschen aus Alsfeld und Umgebung, die noch nie hier waren“, so Claus Rauhut, der Betriebsleiter, „und nehmen ganz nebenbei die Arbeit und Angebote unserer Mitarbeitenden wahr und lassen sich die süße Molkereischnitte im Café schmecken.“

Dafür steht der Markt: Viele Menschen kommen auf dem Marktplatz zusammen, die Herkunft, das Alter, der Beruf, die Lebenseinstellung und die Stärken und Schwächen spielen keine Rolle.

Pfarrer Christoph Geist

Die Neue Arbeit Vogelsberg

Menschen, die allein den Einstieg oder Wiedereinstieg in Beruf und Arbeit nicht schaffen, bekommen bei der Neuen Arbeit Vogelsberg Hilfe. In verschiedenen Werkstätten und Arbeitsbereichen von der Küche über das Gebrauchtwarenkaufhaus bis zum Lehmbau finden praktische Qualifizierung und damit verbundene theoretische Unterweisung statt. Sozialpädagogische Begleitung hilft bei persönlichen und sozialen Problemen. Wenn junge Menschen trotz intensiver Suche keinen Ausbildungsplatz in Betrieben finden, gibt es in der Neuen Arbeit auch Ausbildungsplätze für eben diese Gruppe, die auch in der Ausbildung besondere Unterstützung und Begleitung braucht.



„Sind wir so frei?“

Eine Veranstaltung zur Ausweitung der Öffnungszeiten im Einzelhandel

Seit der weitgehenden Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten wird der Wettbewerb von Supermärkten und Lebensmittelanbietern immer häufiger über einen möglichst späten Geschäftsschluss ausgetragen.

Das bleibt nicht ohne Folgen für die Beschäftigten und deren Familien. Für Eltern wird es auf Grund der flexiblen Ladenöffnungszeiten schwieriger, die Betreuung der Kinder und ein geregeltes Familienleben zu organisieren. Auch öffentliche Einrichtungen wie Kindergärten und Schulen müssten ihre Öffnungszeiten flexibler gestalten und kämen an die Grenzen ihrer personellen Möglichkeiten.

Fünf evangelische Dekanate in Südhessen und das Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der Ev. Kirche in Hessen



V.l.n.r.: Dörte Ahrens (Hess. Sozialministerium), Dr. Michael Vollmer (Ev. Dekanat Vorderer Odenwald), Heike Miehe (ZGV)

und Nassau luden im Dezember 2011 zu einem Podiumsgespräch ein, um über die Folgen von flexiblen und ausgedehnten Ladenöffnungszeiten zu sprechen. Es diskutierten Frank Albrecht, der ehemalige Präsident des Hessischen Einzelhandelsverbandes, Horst Gobrecht von der Gewerkschaft ver.di in Darmstadt, Dörte Ahrens vom Hessischen Sozialministerium sowie Dr. Michael Vollmer vom Dekanats-synodalvorstand des Ev. Dekanats Vorderer Odenwald.

Mit der Aussage „das hessische Ladenöffnungsgesetz im Einzelhandel ist mittelstands- und familienfeindlich“, überraschte Frank Albrecht das Publikum. Von ihm hätten die Besucherinnen und Besucher der Veranstaltung diese Aussage so nicht erwartet. Der Grund wurde aber schnell klar, denn für die kleinen und mittelständischen Einzelhändler bringen längere Öffnungszeiten größere personelle und finanzielle Belastungen mit sich. Auch zeigen Untersuchungen, dass trotz längerer Öffnungszeiten keine Umsatzsteigerungen erzielt werden.

Für Horst Gobrecht profitieren vor allem die großen Einzelhandelsketten, während die Belastungen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer steigen. Aufgrund der Arbeitszeiten wird es für Beschäftigte im Einzelhandel immer schwerer, ihr Familienleben und das soziale Miteinander zu organisie-

ren; und das alles für 20 Prozent der Kundinnen und Kunden, die nach 18 Uhr einkaufen. Dörte Ahrens, Abteilungsleiterin für Arbeitsmarktpolitik im Hessischen Sozialministerium, wies darauf hin, dass vor allem Frauen im Einzelhandel arbeiten, meistens Frauen mit Kindern. Sie sind häufig auf ortsnahe Arbeitsplätze angewiesen. Anstatt überhaupt nicht erwerbstätig zu sein, nehmen sie häufig eine schlechte Arbeit an.

An der Diskussion beteiligten sich auch Konfirmandinnen und Konfirmanden. „Es ist doch Klasse, wenn man abends noch mal schnell was einkaufen kann“, so ein Konfirmand. Wenn dafür aber immer mehr kleine Geschäfte in der Innenstadt schließen müssten, fände er das nicht mehr so gut. Eine junge Teilnehmerin ist nicht sehr begeistert, wenn ihre Mutter oft abends so spät noch arbeiten muss und kaum Zeit für sie hat.

„Familien wie die Unternehmen brauchen verlässliche aber auch durchaus flexible Zeitstrukturen, um den wechselnden Anforderungen zu genügen“, so der Arbeitsmediziner und Synodale Dr. Michael Vollmer. Zu bedenken gab er allerdings, dass nicht die wirtschaftsfreundliche Familie, sondern die familienfreundliche Wirtschaft Ziel einer familiengerechten Zeitpolitik sein muss. Für jede Beziehung braucht man Zeit. Eine familiengerechte Zeitpolitik sei ein Gebot unserer Zeit. Ladenöffnungszeiten bis 22.00 Uhr dienten diesem Gebot aber nicht.

Gerade der Einzelhandel hat wie keine andere Branche aufgrund seiner Bedeutung für den Konsum erheblichen Einfluss auf die Gesamtbevölkerung. Denn Konsumzeiten sind gleichzeitig wichtige Taktgeber für gesellschaftliche Zeitstrukturen. Sie haben Einfluss auf die Erholungsphasen und wirken bis in die Zeitstrukturen von Familien hinein.

Die Veranstalter forderten gemeinsam mit der Gewerkschaft ver.di und dem Hessischen Einzelhandelsverband die Rücknahme der Ladenöffnungszeiten in Hessen von 22 auf 20 Uhr und eine Begrenzung der verkaufsoffenen Sonntage auf nur vier Tage im Jahr.

Heike Miehe



V.l.n.r.: D. Ahrens, Dr. M.Vollmer, H. Miehe, Frank Albrecht (ehemaliger Präsident des Hess. Einzelhandelsverbandes), Pfarrer Stefan Heuser; Horst Gobrecht (ver.di)

Familien verändern sich, weil die Gesellschaft sich verändert

Wohin entwickeln sich Familien?

Tagung des Mainzer Bündnis für Familie

Die Fachtagung des Mainzer Bündnisses für Familien stellte sich im Herbst 2011 dieser Frage. Gesellschaftliche Akteure aus Wirtschaft, Politik, Kirchen und Verbänden trafen sich im Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung, um gemeinsam den Blick auf die Veränderungen in unserer Gesellschaft und die Folgen für Familien zu richten.

Angesichts der vielfältigen Aufgaben, die von und in Familien zu bewältigen sind und der damit verbundenen Belastungen betonte Prof. Uta Meier-Gräwe von der Justus-Liebig-Universität Gießen den großen kommunalpolitischen Handlungsbedarf und die hohe Bedeutung kommunaler Netzwerke. Durch gemeinsamen, koordinierten Einsatz der vorhandenen Ressourcen in Beratungs-, Bildungs- und Betreuungsangeboten von Kommunen und freien Trägern sowie dem Engagement von Unternehmen, Vereinen und Initiativen können für alle Kinder bessere Entwicklungschancen gewährleistet werden.



Prof. Uta Meier-Gräwe,
Justus-Liebig-
Universität Gießen

Mit dem Ausbau von Netzwerken und Familienzentren ist man auf dem richtigen Weg. Je früher, umfassender und nachhaltiger diese Maßnahmen umgesetzt werden, umso größer ist die Chance, der Manifestation von Armut und der unzureichenden Entwicklung und Integration von Kindern entgegen zu wirken und deren Potenziale für die Gesellschaft zu erschließen. Die erforderlichen Ausgaben sind vergleichsweise gering, die volkswirtschaftlichen Erträge dieser Investitionen sind umso höher, je früher die gezielte Förderung und Unterstützung von Familien beginnt.

Die hohe wirtschaftliche Relevanz der Vereinbarkeit von Familienverantwortung und Berufstätigkeit wird zwar zunehmend auch von Unternehmen wahrgenommen, allzu oft wird aber die Verantwortung für Kinder doch weitgehend den Eltern allein überlassen. Das führt nicht selten dazu, dass sich Eltern, insbesondere Alleinerziehende allein gelassen und überfordert fühlen.

Manchmal ist der Fortschritt eine Schnecke Impulstagung des Aktionsforums Männer und Leben

Auf der Tagung im November in Frankfurt stand die Frage der Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit insbesondere aus der Sicht von Männern im Fokus.

Trotz aller Familienfreundlichkeitsrhetorik erweist es sich nach wie vor als schwierig, langfristige, ganzheitliche Konzepte und eine angemessene Bewertung der Familienleistung in politische Maßnahmen umzusetzen, die Erziehungs-, Bildungs-, und Sozialisationsleistung von Eltern angemessen in die Alterseinkünfte einzubeziehen und alle Kinder unabhängig vom Bildungsstand und sozialen Status der Eltern zu fördern.

Insgesamt liegt in der stärkeren Anerkennung der wirtschaftlichen Bedeutung von Familienleistungen auch die Gefahr, dass Familien instrumentalisiert werden. Sie werden damit einem stärkeren Erwartungs-

druck ausgesetzt, in diesem System erfolgreich und produktiv zu sein.

Es ist daher von hoher Bedeutung, dass immer mehr Männer, die Erfahrung machen, dass Familie und Wirtschaft gegensätzlichen Logiken folgen und dass es sich langfristig in Form von Wohlstand und Zufriedenheit auszahlt, wenn man die Logik der Familie mit ihren anderen Zeit- und Flexibilitätsbedürfnissen und ihren anderen Bewertungen von Leistungsbereitschaft, Engagement und Kreativität neu bewertet. Mit diesen Thesen wurde die familienpolitische Debatte angebunden an die aktuellen Diskussionen um ein neues kritisches Wachstumsverständnis und den verantwortungsvollen, nachhaltigen Umgang mit natürlichen Ressourcen. Ein spannender Ansatz, den es sich weiter zu verfolgen lohnt.

Dr. Brigitte Bertelmann





Bildunterschrift Bildunterschrift Bildunterschrift Bildunterschrift Bildunterschrift Bildunterschrift Bildunterschrift

4,52 Euro für Essen und Trinken am Tag

Hartz IV reicht nicht für gesunde Ernährung

Das vom Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung unterstützte Mainzer Netzwerk „Erwerbslosigkeit ein Gesicht geben“ gab am Welternährungstag 2011 in der Mainzer Innenstadt einen Vormittag lang Denkanstöße zum Thema gesunde Ernährung und Hartz IV. Hartz-IV-Empfänger und ihre Familien müssen zwar nicht hungern, aber die staatlichen Regelsatzleistungen reichen für eine gesunde Ernährung nicht aus. Mit 4,52 Euro lassen sich keine großen Sprünge

machen. Passanten konnten ihr Wissen über den Kalorienbedarf einer Person am Tag oder die Höhe des Regelsatzes eines Hartz-IV-Empfängers testen. Als Belohnung erhielten sie kleine feine Speisen vom Caritas-Bürgerservice, einem Integrationsbetrieb mit behinderten und nichtbehinderten Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen. Dies war bereits die vierte Aktion des Netzwerkes, um auf die Lebensrealität von Erwerbslosen aufmerksam zu machen.

Marion Schick

Testen Sie Ihr Wissen

- ❶ Wie hoch ist der tägliche Kalorienbedarf eines Durchschnittsmenschen?
- ❷ Wie viel Geld musste man 2009 für 1.000 kcal gesunde Mischkost beim Einkauf im Supermarkt ausgeben?
- ❸ Wie viel Euro erhält ein erwachsener, alleinlebender Hartz-IV-Empfänger am Tag für Essen und Trinken?

Lösungen

❶ Der Energiebedarf einer Person hängt von der körperlichen Aktivität, dem Gewicht und dem Geschlecht ab. Ein Durchschnittsmensch: (19 bis 64 Jahre alt, 74,65 kg schwer) verbraucht im Ruhezustand 1.700 kcal und bei mäßiger Bewegung (vergleichbar Bürojob) 2.550 kcal. (vgl. Rainer Roth, Hartz IV: „Fördern“ durch Mangelernährung“, S.15 ff., Sept. 2009, Hrsg. KLARtext e.V., www.klartext-info.de)

❷ Um sich gesund ernähren zu können, werden nach einer Studie des Forschungsinstituts für Kinderernährung (FKE) in Dort-

mund 2,54 Euro pro 1.000 kcal benötigt. Damit ist, bei Einkauf in Supermärkten und Discountern zu mittleren Preisen, eine optimierte Mischkost mit gesunden Nahrungsmitteln möglich. Die im Dezember 2010 vorgelegte Studie beruht auf Preiserhebungen von August 2009. Sie ist zu finden unter: www.500-euro-eckregelsatz.de

❸ Im Jahr 2011 standen einem erwachsenen, alleinlebenden Hartz-IV-Bezieher 4,52 Euro am Tag für Essen und Trinken zur Verfügung. Im Regelsatz sind seit Januar 2011 monatlich 128,46 Euro für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke sowie 7,16 Euro, als Ausgleich für nicht bei der

Regelsatzberechnung berücksichtigte Kosten für Auswärtsverpflegung, enthalten. Diese Summe reicht damit zur Finanzierung von 1.779 kcal gesunder Mischkost (Rechenweg: 4,52 Euro geteilt durch 2,54 Euro /1.000 kcal. = 1.7795). Ganz abgesehen davon, dass die seit 2009 erfolgten Preiserhöhungen hierbei unberücksichtigt bleiben, setzt dies voraus, dass man nie außer Haus isst oder trinkt, man nie Freunde und Bekannte zum Essen einlädt und nichts von den eingekauften Lebensmitteln verdirbt. Damit wird deutlich, dass die Summe nicht für eine ausgewogene Ernährung eines Durchschnittsmenschen bei mäßiger Bewegung ausreicht.

www.leben-im-alter.ekhn.de

Lebenslagen im Alter sind vielfältig und in Veränderung begriffen. Auch für Kirche birgt der demographische Wandel neue Herausforderungen.

Das 2010 gegründete Netzwerk „Leben im Alter“ ist ein Zusammenschluss von Spezialisten und Ehrenamtlichen aus EKHN, DWHN, den Evangelischen Frauen in Hessen und Nassau e. V. und der kommunalen Altenhilfeplanung. Gemeinsam versuchen die Akteure zu verstehen, wie sich das Bild, das wir vom Alter haben und die damit verbundene gesellschaftliche Realität verändert, und Wege zu finden, darauf zu reagieren. Zentral für die Arbeit des Netzwerks ist dabei der Austausch – erfolgreiche Projekte sollen vorgestellt und Erfahrungen geteilt werden. Diese Arbeitsrichtung wurde auch auf dem



ersten gemeinsam organisierten Fachtag im Oktober verfolgt. Unter dem Thema „Blühende Gemeinden in Zeiten des demographischen Wandels – ein Widerspruch?“ lernten interessierte Teilnehmer am Beispiel der vorgestellten Modellprojekte, wie Gemeinden – sowohl in der Stadt wie auch im ländlichen Raum – die Anforderungen an eine Neubestimmung des Alters erfolgreich umsetzen können. Seit Oktober ist auch eine Internetpräsenz des noch jungen Netzwerks online. Die Organisatoren mit Oberkirchenrat Christian Schwindt, Sprecher des Netzwerks, freuen sich über jede Art der Zusammenarbeit; Kontakt zu lokalen Initiativen, Ehrenamtlichen, Fachleuten und allen Interessierten ist höchst erwünscht – weitere Informationen unter www.leben-im-alter.ekhn.de.

Alarmsignal Erschöpfung

Gesundheitsförderung als Aufgabe der ganzen Gesellschaft

Bei den zunehmenden psychischen Gesundheitsbelastungen am Arbeitsplatz handelt es sich nicht vorrangig um individuell zu verantwortende Probleme.

Dr. Eva Senghaas-Knobloch vom Forschungszentrum Arbeit, Umwelt, Technik der Universität Bremen vermittelte den Besucherinnen und Besuchern der Veranstaltung „Alarmsignal Erschöpfung am 6. Dezember 2011 im Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung, dass diese oft strukturelle und kulturelle Ursachen haben und in Kooperation mit allen gesellschaftlichen Gruppen zu bearbeiten sind. Manuel von Vultejus, Leiter der Abteilung Organisationsentwicklung bei der Schott AG in Mainz, betonte die Bedeutung der Führungskultur und -verantwortung für die Gesundheitsförderung in Unternehmen. Er zeigte Möglichkeiten für Unternehmen, ihre Führungskräfte darin zu unterstützen, Erschöpfungssymptome bei Mitarbeitenden zu erkennen und richtig zu reagieren sowie auch eigene Stressbelastung zu vermeiden bzw. abzubauen. Die Bedeutung eines offenen und konstruktiven Umgangs mit Stress und Burnout am Arbeitsplatz bestätigte auch Petra Müller Knöß, beim Vorstand der IG-Metall zuständig für Gesundheitsförderung. Dr. Bernhard Zönnchen, Arzt und Psychotherapeut, Mitbegründer des Mainzer Netzwerks

Depression, wies auf die Häufung psychischer und psychosomatischer Erkrankungen hin. Er führte diese wesentlich auf die Missachtung natürlicher körperlicher Rhythmen sowie auf eine zunehmende Individualisierung, Wettbewerbs- und Leistungsorientierung zurück, die das Bedürfnis nach Anerkennung und wertschätzender zwischenmenschlicher

Kommunikation nicht genügend beachte. Dass die Wahrnehmung und das Verständnis dieser gesellschaftlichen Entwicklungen und ihre Folgen für die Gesundheit und das Zusammenleben ein Bildungsauftrag über die berufsbezogene Bildung hinaus sei, betonte Karola Büchel von der Evangelischen Landesarbeitsgemeinschaft Erwachsenenbildung (ELAG), die in Kooperation mit dem Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der EKHN (ZGV) zu dieser Tagung eingeladen hatte. Die Mitverantwortung von Kirche und Diakonie für eine gesellschaftliche Kultur der Wertschätzung und lebensdienlichen Verhältnisbestimmung von Arbeit und



Ruhe insgesamt, aber auch als Arbeitgeberin betonte Oberkirchenrat Christian Schwindt, Leiter des ZGV und hielt es für wichtig, dass die gesellschaftlichen Partner, die mit den Herausforderungen der modernen Arbeitswelt konfrontiert seien, darüber im Austausch bleiben, von einander lernten und sich wo möglich gegenseitig unterstützten.

Südhessischer Patentag 2011

Erstmals Lehrerinnen und Lehrer zu Gast

Aus den Erfahrungen der Patenarbeit in den letzten Jahren zeigt sich immer wieder, dass in Klassen, deren Lehrkräfte hinter der Idee der ehrenamtlichen Patenarbeit stehen, die Vermittlungsquote von Jugendlichen in Ausbildung viel höher ausfällt, als in anderen Klassen.

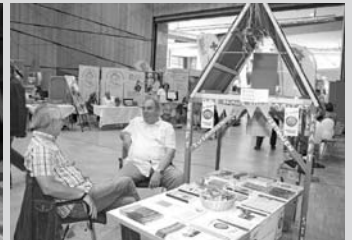
Deshalb wurden in diesem Jahr erstmals auch Lehrerinnen und Lehrer zu dem Südhessischen Patentag eingeladen. Sie diskutierten mit den Patinnen und Paten, wie und wo deren Einsatz im schulischen Ablauf sinnvoll ist und wie eine gute Kooperation zwischen Lehrkräften und Ehrenamtlichen bereichernd für die Jugendlichen sein



kann. Auch den Ehrenamtlichen ist es ein wichtiges Anliegen, durch vernetztes Arbeiten die Zusammenarbeit zu verbessern. Patinnen und Paten aus zehn lokalen Initiativen im Rhein-Main-Gebiet nahmen Ideen mit, wie sie Jugendliche vor Ort noch gezielter im Übergang Schule und Beruf unterstützen können. Der 5. Südhessische Patentag wurde unterstützt von den Patennetzwerken SymPaten, den Koordinatoren der hessischen OloV-Strategie (Verbesserung der Berufsorientierung) im Landkreis Darmstadt-Dieburg sowie dem Ausbildungsnetzwerk st.ar.k. Weitere Informationen: www.netzwerk-stark.de.

Gemeinsam zum Ziel

Erwerbslose bauen das Haus der Solidarität



Solidarität ist für Erwerbslose selten selbstverständlich. Bei der Arbeitssuche konkurrieren sie um die wenigen freien Arbeitsplätze. Erfahrungen aus der Erwerbslosenarbeit zeigen, dass Ausgrenzung, Neid und Misstrauen an der Tagesordnung sind.

Beim zehnten Kultur- und Kreativseminar für Erwerbslose in Hessen überlegten 20 Menschen ohne Erwerbsarbeit, wie sie ihre Wünsche und Ideen zum Thema Solidarität mit kreativen Mitteln ausdrücken können. Am Ende stand fest: Wir bauen ein Haus der Solidarität.

Eine Gruppe konstruierte und plante den Bau. Sechs Frauen und Männer gingen mit Stichsägen, Schwingschleifer und Bohrmaschine ans Werk und erstellten ein stabiles Holzgerüst für bunte Dachschindeln. Erfahrene Handwerker halfen denjenigen, die zum ersten Mal eine Stichsäge in die Hand nahmen. Eine andere Gruppe sammelte Ideen für Bemalung, Beschriftung und Dekoration des Bauwerks. Die

tragenden Säulen der Solidarität, nämlich Kommunikation, Kraft, Stärke und Vertrauen bildeten das Grundgerüst. In einem Papierkorb fand alles Platz, was Solidarität behindert. Neid, Gier und Intoleranz kann hier entsorgt werden. Was aus Solidarität wachsen kann, zeigt eine Girlande aus Liebe, Verständnis und Frieden. Die Theatergruppe probte das Solidaritätslied von Bertolt Brecht und schrieb zwei kleine Stücke über Solidarität mit Minderheiten und Solidarität zwischen Unternehmern und Beschäftigten. Für das Dach konnte jede/r Teilnehmer/in eine eigene, ganz persönliche Schindel gestalten als Ausdruck individueller Einstellungen und Werte.

Das „Haus der Solidarität“ ist ein Zusammenspiel zwischen den persönlichen Sichtweisen, eines gemeinsamen Fundamentes und eines Gerüsts. Das Haus wurde bereits in Darmstadt im Rahmen des Tages der Vereine und der Ausstellung „Kunst trotz(t) Armut“ präsentiert. Gießen und Frankfurt sind weitere Stationen.



Die Vertreter der Sonntagsallianz Rheinland-Pfalz. V.l.n.r.: Hans Kroha (ver.di), Siegfried Schwarzer (ZGV), Manfred Thesing (Katholikenräte RLP), Hans-Georg Ortlauf-Bloß (Referat Berufs- und Arbeitswelt des Bistum Mainz)

Gemeinsam für den Schutz des Sonntags

Die Allianzen für den freien Sonntags in Hessen und Rheinland Pfalz

Katholische Organisationen, die Ev. Kirche in Hessen und Nassau, vertreten durch das Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung sowie die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di setzen sich seit 2010 gemeinsam für den Erhalt des freien Sonntags in beiden Bundesländern ein.

Sonntagsallianz in Rheinland-Pfalz

In Rheinland-Pfalz gibt es Bestrebungen, gewerbliche Flohmärkte an Sonntagen zu erlauben. Bisher scheiterten Klagen von Flohmarktbetreibern gegen Kommunen, die das nicht zulassen wollten. Das Oberverwaltungsgericht Koblenz entschied im Dezember 2011, dass der Sonntagsschutz zu respektieren sei. Nun versucht die rot-grüne Landesregierung jedoch, so die Wirtschaftsministerin wörtlich, „einen Dreh“ zu finden, um durch ein neues Gesetz in Rheinland-

Pfalz gewerbliche Flohmärkte doch noch zu genehmigen. Eine Gesetzesvorlage wird im Frühjahr 2012 erwartet. Die Position der rheinland-pfälzischen Allianz für den freien ist eindeutig: Der Schutz des Sonntags nach geltendem Recht ist auch durch Sondergenehmigung von Gewerbsparten nicht zu unterlaufen. Weitere Informationen kann man unter www.sonntagsallianz-rlp.de finden.

Sonntagsallianz in Hessen

In Hessen sorgte die sogenannte Bedarfsgewerbeordnung für erheblichen politischen Wirbel. Trotz kritischer Stellungnahmen der Ev. Kirche in Hessen und Nassau und anderer Organisationen trat sie am 01. November 2011 in Kraft. Sie ermöglicht manchen Branchen, wie z. B. Brauereien, Eisherstellern oder Videotheken, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Sonntag zu beschäftigen. So kann nun in Hessen Schaumwein, Bier, Limonade, Cola, Sprudel und Eis auch an Sonntagen produziert und ausgeliefert werden und Videotheken können sonntags öffnen. Für die Beschäftigten dieser Branchen wurde der Sonntag mit dieser Verordnung zum Werktag. Einfach eine Verordnung zu erlassen anstatt eine Gesetzesänderung herbeizuführen, die der Zustimmung des Parlamentes bedarf, bietet den Einstieg in die grundsätzliche Abschaffung des Beschäftigungsverbot an Sonn- und Feiertagen. Das hat die Allianz in Hessen dazu bewogen, in einem Pressegespräch im Dezember, die Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit dieser Verordnung zum Ausdruck zu bringen.



Banner zur Gründung der Sonntagsallianz Rheinland-Pfalz im Jahr 2010

Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung

der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau

Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der EKHN

Albert-Schweitzer-Str. 113–115
55128 Mainz
☎ 06131 28744-0
Fax: 06131 28744-11

Leitung

Oberkirchenrat
Christian Schwindt
☎ 06131 28744-46
c.schwindt@zgv.info

Stellvertretende Leitung

Dr. Brigitte Bertelmann
☎ 06131 28744-44
b.bertelmann@zgv.info

Ev. Sozial- und Wirtschaftsethik

N.N

Geschäftsführung

Petra Weller
☎ 06131 28744-31
p.weller@zgv.info

Hauswirtschaft

Silvia Zerfaß
☎ 06131 28744-34
s.zerfass@zgv.info

Sylvia Krause

Öffentlichkeitsarbeit

Margit Befurt
☎ 06131 28744-42
m.befurt@zgv.info

Sachbearbeitung:
Christine Seemann
☎ 06131 28744-43
c.seemann@zgv.info

Sekretariate

Irmgard Reuter
☎ 06131 28744-0
i.reuter@zgv.info

Hans-Peter Wiener
☎ 06131 28744-46
h.wiener@zgv.info

Helga Ponniah
☎ 06131 28744-32
h.ponniah@zgv.info

Petra Böhme
☎ 06131 28744-33
p.boehme@zgv.info

Hanne Münch
☎ 06131 28744-35
h.muench@zgv.info

Ökonomie, Sozial- und Familienpolitik

Dr. Brigitte Bertelmann
☎ 06131 28744-44
b.bertelmann@zgv.info

Arbeitslosenfragen

Marion Schick
☎ 06131 28744-51
m.schick@zgv.info

Pfarrstelle für oberhessische Qualifizierungsprojekte

Christoph Geist
Alter Krofdorfer Weg 4
35398 Gießen
☎ 0641 93100-13
Fax: 0641 93100-29
christoph.geist@jugendwerkstatt-giessen.de

Handwerk

Siegfried Schwarzer
☎ 06131 28744-52
s.schwarzer@zgv.info

Wirtschaftsraum Rhein-Main

Margit Befurt
☎ 06131 28744-42
m.befurt@zgv.info

Wirtschaftsraum Südhessen

Heike Miehe
☎ 06131 28744-45
h.miehe@zgv.info

Beauftragung für den Verein Mitte Hessen e. V.

Ina Wittmeier
Ludwigsburg 1
35423 Lich
☎ 06404 6580336
ina.wittmeier.dek.hungen@ekhn-net.de

Umwelt

Dr. Hubert Meisinger
Telefon: 06131 28744-50
E-Mail: h.meisinger@zgv.info

Ländlicher Raum

Dr. Maren Heincke
☎ 06131 28744-47
m.heincke@zgv.info

Landwirtschaftliche Familienberatung

Ellen Simon
☎ 06131 28744-55
e.simon@zgv.info

Jugend und Gesellschaft

Michael Grunewald
☎ 06131 28744-48
m.grunewald@zgv.info

Rudi Imhof
☎ 06131 28744-49
r.imhof@zgv.info

Jugendmedienbildung

Johanna Kaus
☎ 06131 28744-48
j.kaus@zgv.info

Projekte des Zentrums

Jugendwerkstatt Gießen e. V.
Wolfgang Balsler
Alter Krofdorfer Weg 4
35398 Gießen
☎ 0641 93100-0
Fax: 0641 93100-29
info@jugendwerkstatt-giessen.de
www.jugendwerkstatt-giessen.de

Neue Arbeit Vogelsberg gGmbH

Claus Rauhut
Altenburger Str. 40
36304 Alsfeld
☎ 06631 9641-0
Fax: 06631 9641-41
info@neue-arbeit-vb.de
www.neue-arbeit-vb.de

neue dienste Vogelsberg gGmbH

Claus Rauhut
Fulder Tor 24d
36304 Alsfeld
☎ 06631 9112-0
Fax: 06631 9112-39
Schreibtelefon: 06631 9112-77
www.neue-dienste-vb.de

Mitarbeit in EKD-Gremien

Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt in der EKD:
Mitglied des Vorstandes
Margit Befurt

Beauftragte für
Steuergerechtigkeit
Dr. Brigitte Bertelmann

Mitglied im Ausschuss
Erwerbslosigkeit, Sozialpolitik
und Arbeitsmarktpolitik
Marion Schick

Mitglied im Ausschuss
Arbeit und Technik
Heike Mieke

Evangelischer Dienst auf dem Lande der EKD:

Mitglied des Vorstandes
Dr. Maren Heincke

Kammer für soziale Ordnung des Rates der EKD:

Dr. Brigitte Bertelmann

Kammer für nachhaltige Entwicklung des Rates der EKD:

Dr. Hubert Meisinger

Verantwortlich:

Zentrum Gesellschaftliche
Verantwortung der EKHN
Oberkirchenrat Christian Schwindt
Albert-Schweitzer-Str. 113-115
55128 Mainz

Redaktion:

Margit Befurt
Dr. Brigitte Bertelmann
Christian Schwindt
Christine Seemann

Gestaltung und Layout:

Holger Giebeler
www.magascreeen.com

Korrektorat:

Dr. Angelika Fallert-Müller
www.fallert-mueller.de

Druck:

Lautertal-Druck
www.lautertal-druck.de

Auflage: 800

Bildnachweis:

Deckblatt: ZGV, W. Prawitz,
3: ZGV
4: W. Prawitz Dekanat Groß-Gerau
5: H. Giebeler, ZGV
7: H. Giebeler
8: ZGV
10-15: ZGV
17: somenski - Fotolia.com
19: ZGV
21-24: ZGV
26: Michael Schenk/Fotolia.com
27: Ev. Dekanat Runkel
28: C. Pfannemüller, Ev. Dekanat Offenbach
29: Neue Arbeit Vogelsberg
30: H. Glasner, R. Völker
32: H.-G. Orthlauf-Bloß
33: ZGV
34: ZGV, W. Ackermann
35: ZGV, Zeljko Jakobovac/Paulinus
38: ZGV, Ev. Dekanat Runkel
Rückseite: Michael Schenk/Fotolia.com,
H.-G. Orthlauf-Bloß, ZGV,
Zeljko Jakobovac/Paulinus,
Neue Arbeit Vogelsberg





Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung

der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau



11

www.zgv.info



11